
Nr. 274
273
INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
2,50 DM
auswärts 3 DM
SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG
zu den fünf inhaftierten kurdischen/türkischen Antifas'
Kriminalisierung einer Bewegung durch Mordvorwurf
Frankfurt 1987 - Berlin 1992/94
Parallelen und Unterschiede
mit Leuten aus Berlin und der ehemaligen Startbahnbewegung Frankfurt
aktuelle Informationen zu den fünf Gefangenen
am Samstag den 12.2.1994, um 19.00 Uhr
im EX, Mehringhof; Gneisenaustr. 2A, 10961 Berlin
17. Februar 1994

Vorwort:

Am kommenden Samstag gibt es eine Veranstaltung und eine Kiezdisko für die 5 inhaftierten Antifas Erkan, Mehmet, Fatma, Abidin und Bahrentin und für die auf der Flucht. Wir wissen im Moment nur wenig über die aktuelle Situation der Gefangenen. So wurde erst letzte Woche bekannt, daß Erkan Ende Dezember einen Selbstmordversuch unternommen hat, nachdem er in die psychatrisch-neurologische Abteilung in Tegel verlegt wurde. (Berl. Zeitung 2.2.94)
Die anderen 4 Gefangenen sind nach wie vor in Isolationshaft. Was das bedeutet, haben wir ausnahmsweise von der Gegenseite abgeschrieben: "Folter war in den Stasigefängnissen durchaus üblich. Die Methoden waren vielfältig: Einzelhaft, Schlafentzug, Drohungen gegen Verwandte, ununterbrochene Verhöre." (Christoph Schaefgen, Leiter der Berliner Arbeitsgruppe Regierungskriminalität, FR 29.1.94)

Mitte letzter Woche ist gegen Birgit Hogefeld - nach 7 Monaten U-Haft - Haftbefehl erlassen worden wegen Verdacht des Mordes und des 6-fachen Mordversuchs. Die BAW versucht eine physische Täterschaft zu konstruieren, obwohl Birgit die ganze Zeit über gefesselt am Boden lag und keinen Schuß abgegeben hat. Ihre bloße Anwesenheit soll den Tod des GSGlers verursacht haben. Hier soll offensichtlich versucht werden, über eine absurde Anklage Aussagen zu erpressen. Gleichzeitig will die Staatssicherheit vom GSG9-Mord an Wolfgang Grams ablenken.

Kleinen-Skandal wird zur Farce

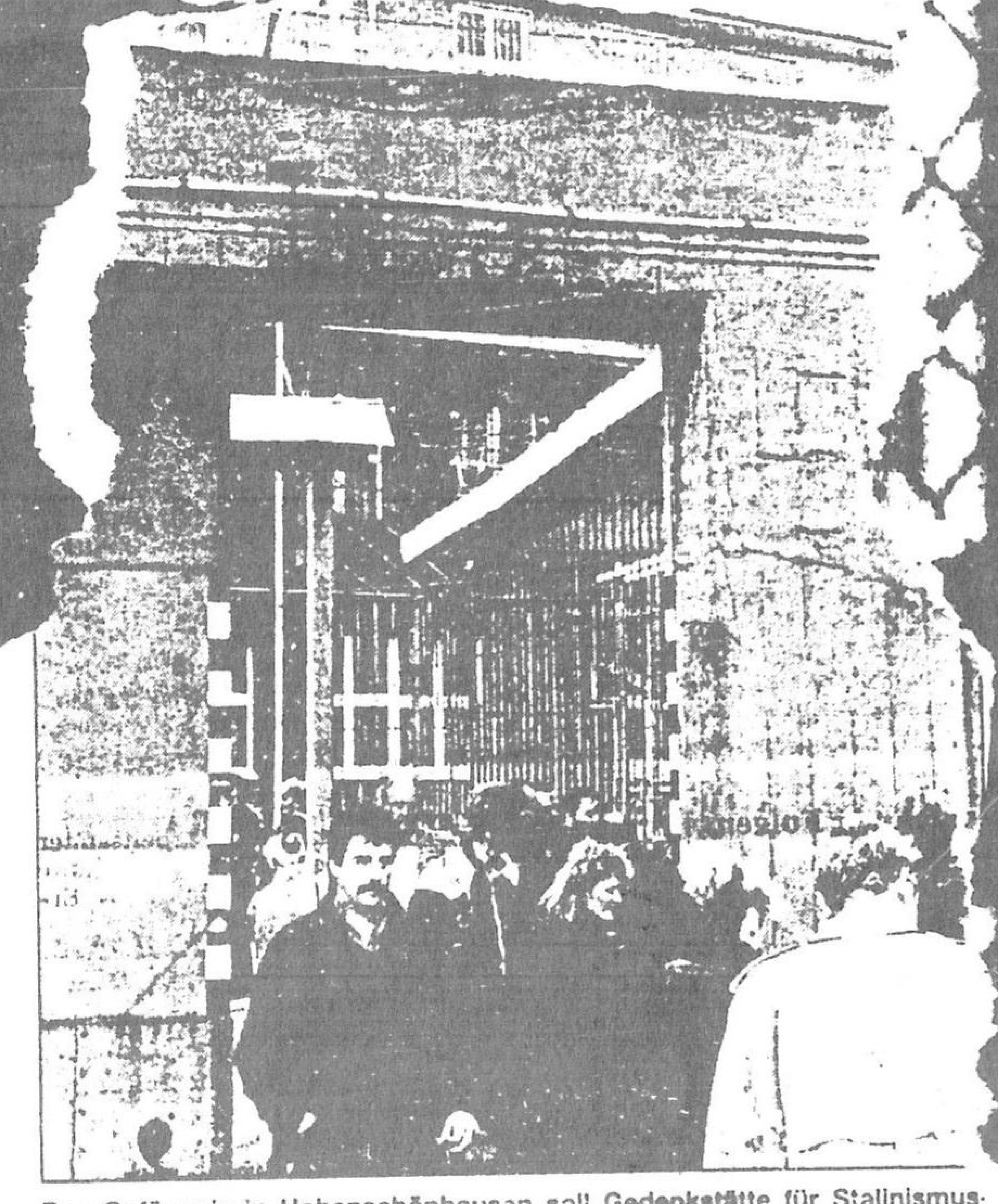
Haftbefehl für Hogefeld

(ND-Bozic). Die Ursula Seifert ... BAW ... "physische Täterschaft" konstruieren wolle. Durch ihre Anwesenheit habe Hogefeld den Tod des Polizisten herbeigeführt.

„Damit wollen sie das Lebenslänglich meiner Mandantin begründen", erklärte die Anwältin. Es mehrt sich indes der Verdacht, daß auf diese Weise Aussagen der Inhaftierten erpreßt werden sollen. Laut Seifert habe der Verfassungsschutz der Verteidigung übermittelt, daß es möglich sei, „die Mordanklage Bad Kleinen zu kippen", wenn Birgit Hogefeld zur „Koopera-

Stasi-Gefängnis soll Gedenkstätte werden

Kultursenator gibt Konzeption in Auftrag



Das Gefängnis in Hohenschönhausen soll Gedenkstätte für Stalinismus-Opfer werden. Foto: dpa

Machen wir aus Stammheim, Tegel und allen anderen Knästen Gedenkstätten für die Gefangenen der BRD - Justiz !

Im Fall Kaindl ist der Staatsschutz weiter aktiv

Türkischer Jugendlicher versuchte Selbstmord

... im Fall Kaindl: Der ... ein 17jähriger ... im Gefängnis einen Selbstmordversuch unternommen.

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat Erkan S. zwischen Weihnachten und Neujahr versucht sich umzubringen, nachdem er in die psychiatrisch-neurologische Abteilung des Gefängniskrankenhauses Tegel verlegt wurde. S. soll seit langem psychische Probleme haben. Der Sprecher der Justizverwaltung, Frank Thiel, erklärte, S. werde „laufend medizinisch betreut". Sollte sich herausstellen, daß er nicht mehr haftunfä...

Zuletzt noch dies: Zum Thema Straßenumbenennung veröffentlichten die linken Berliner Geschichtswerkstätten die Namen von 18 Straßen in Tempelhof. Diese sind seit dem 21. 4.1936 nach von den Nazis hofierten Fliegeroffizieren aus dem 1. Weltkrieg benannt.
Ein interessantes Aufgabengebiet wartet auf phantasievolle und eingreifende Aktionen.

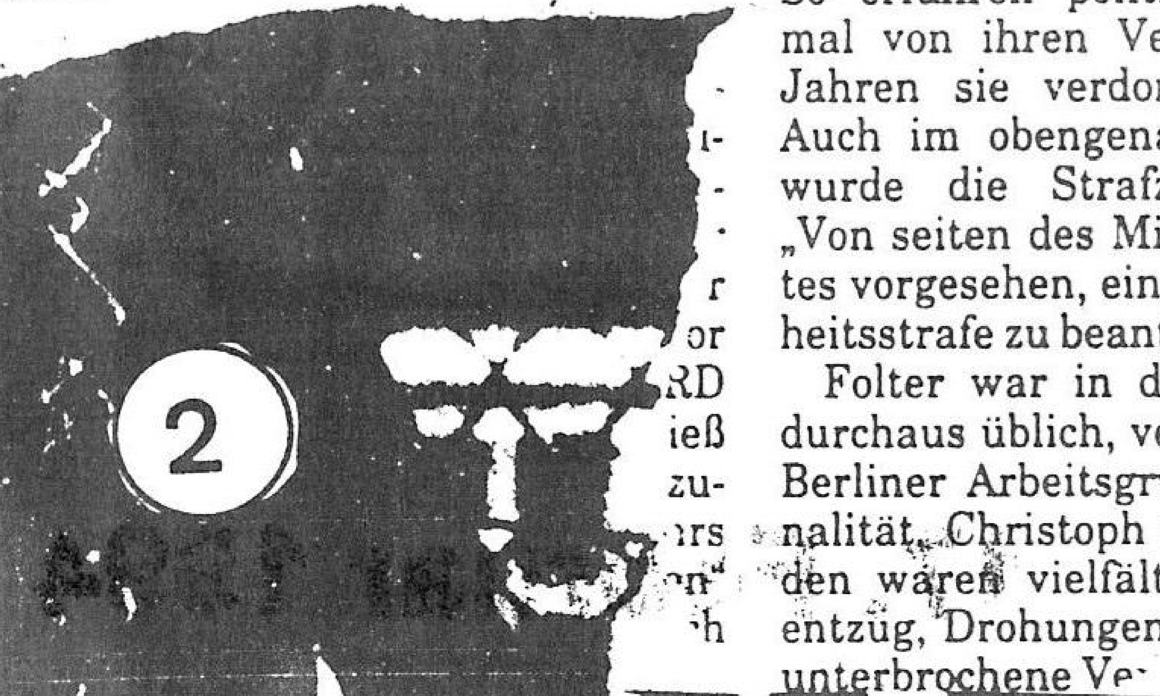
...uch die Justiz war nur ein Büttel

...otz ihrer Allmacht spielte die Stasi ein absurdes Theater

... So erfuhren politische Häftlinge schon mal von ihren Vernehmern, zu wieviel Jahren sie verdonnert werden sollten. Auch im obengenannten Rundschreiben wurde die Strafzumessung festgelegt: „Von seiten des Militär-Oberstaatsanwaltes vorgesehen, eine fünfzehnjährige Freiheitsstrafe zu beantragen."

Folter war in den Stasi-Gefängnissen durchaus üblich, versichert der Leiter der Berliner Arbeitsgruppe Regierungskriminalität, Christoph Schaefgen. Die Methoden waren vielfältig: Einzelhaft, Schlafentzug, Drohungen gegen Verwandte, ununterbrochene Ve...

Schilderstürmerei als politisches Konzept



Termine...

Termine...Termine...Termine...Termine...Termine...Termine...Termine...

Viedeokino Anschlag

Videokino Anschlag
(Kreutzigerstr.18, 21.00 Uhr)
- Fr.11.2. Miss Mona (Frankr.86)
- Sa.12.2. Höhenkoller (Mell Brooks)
- So.13.2. Ojala-Hoffnung auf ein neues Land
- Mo.14.2. Menschenhandel (BRD 92)
- Mi.16.2. Und das Streben nach Glück (Luis Malle)

CLASH

Antifaschistisches Kino im CLASH, Uferstraße 13, Wedding, U-Pankastraße oder U-Nauener Platz

12	Sa	um 21.00 Videofilm:"GERMINAL"
13	So	ab 11.00 Uhr vegetarisches Frühstück
14	Mo	um 21.00 Uhr Video" Plastic Bullets - The Deadly Truth "
15	Di	um 21.00 Uhr antifaschistischerVideofilm: " " AFFAIRE BLUM"
16	Mi	
17	Do	FrauenLesben Abend ++++um 21.00 Uhr Video" Schizophrenic City"

Ordner:

- "neue Rechte"-Veranstaltung in Saarbrücken
- diverses zu Mexiko aus "Lateinamerika Nachrichten 2-94"
- Hausbesetzung in Villingen
- Kritik am Skifahren
- Aufruf Antirassismus-Demo in Wolfenbüttel Sa.19.2.94
- Prozess in Aachen wg.Shell
- BP zu R.Luxemburg und K.Liebknecht

FR.11.2. 22 Uhr Köpenicker 137
Antinationalistisches Fest für Bosnische ArbeiterInnen

FR 11.2. 20 Uhr EX,Mehringhof
Agit-Pop

SA 12.2. 19 Uhr EX Soliveranstaltung
zu den 5 inhaftierten Antifas

SA 12.2. 22 Uhr VEB 7 (Brunnenstr. 7)
Antifa-Soliparty

Inhalt:

Namen erinnern an ehemalige Fliegeroffiziere

1930/31 wurden fünf Straßen nach Fliegeroffizieren aus dem Ersten Weltkrieg benannt (Siegertweg, Höhndorf-, Wüsthoff-, Wintgenstraße, Mohnickesteig). Am 21. April 1936 änderten die Nazis weitere 16 Straßennamen. Besonders stolz waren sie auch auf Werner Voß, dessen Flugzeug schon damals mit dem Hakenkreuz verziert war. Heute erinnern noch 18 Straßen an diese Kriegshelden:

- Paul Bäumer – Bäumerplan
- Oswald Boelcke – Boelckestraße
- Rudolf von Eschwege – Eschwegering
- Heinrich Gontermann – Gontermannstraße
- Ernst von Hoeppner – Hoeppnerstraße
- Rudolf Kleine – Kleineweg
- Leo Leonhardy – Leonhardyweg
- Erich Loewenhardt – Loewenhardtdamm
- Manfred-von-Richthofen-Straße
- Fritz Rumey – Rumeyplan
- Wilhelm Schreiber – Schreiberring
- Peter-Strasser-Weg
- Emil Thuy – Thuyring
- Werner-Voß-Damm
- Kurt Wolff – Wolffring

Erhalten blieben auch der Mohnickesteig, die Wintgen- und Wüsthoffstraße. **eb**

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Erklärung des bundesweiten MigrantInnentreffens am 22.-23. Januar 94 in Hamburg:

Feindliches Hinterland

Mitte November '93 wurden fünf kurdische und türkische AntifaschistInnen von der Berliner Polizei verhaftet. Seitdem sitzen sie im Gefängnis und warten auf ihren Prozeß. Die Anklage lautet auf Mord, Totschlag, Mordversuch und schwere Körperverletzung mit Todesfolge. Mit dem gleichen Vorwurf wird gegen weitere AntifaschistInnen gefahndet.

Sie werden beschuldigt, im April 1992 in einem China-Restaurant in Neukölln ein Treffen von Führern der faschistischen Organisationen "Deutsche Liga für Volk und Heimat" und "Republikaner" angegriffen und dabei die Funktionäre der "Deutschen Liga" Kaindl getötet und Thaler schwerverletzt zu haben. Dies geschah, als eine Gruppe von 6-8 Vermummten in das Lokal eindrang und die Nazis angriff. Im Zuge der Auseinandersetzung wurden die beiden o.g. Nazis durch Messerstiche schwerverletzt. Kaindl erlag später seinen Verletzungen, Thaler hat sich von seinen Verletzungen erholt.

Mit diesen Verhaftungen und den Anklagen wird die Kriminalisierung gegen uns MigrantInnen auf einer höheren Stufe fortgesetzt. In der Nachkriegsgeschichte Deutschlands ist dies der größte Kriminalisierungsprozeß, der gegen uns MigrantInnen durchgeführt wird. Diese Verhaftungen richten sich, "im Rahmen der Inneren Sicherheit", gegen uns alle, die den Rassismus in diesem Land nicht hinnehmen und Widerstand leisten. Die Verhaftungen in Berlin und anderswo in Deutschland sind in diesem Kontext zu sehen. Es ist unsere Aufgabe, diesen politischen Prozeß in Berlin und anderswo zu unterstützen!

Die Härte der Anklage ist durch die Art des Geschehens und den juristischen Sachverhalt nicht ohne weiteres zu erklären. Denn:

- Obwohl die Auseinandersetzung spontan verlief, begrenzt sich die Anklage nicht etwa auf Totschlag oder schwere Körperverletzung mit Totesfolge, sondern auf gemeinschaftlich geplanten und durchgeführten Mord!
- Obwohl die Anzahl der Vermummten aus 6-8 Leuten (laut Polizeibericht) bestand, werden insgesamt über 10 angeklagt.
- Obwohl keinerlei konkrete Anschuldigungen existieren, werden nebulöse Äußerungen seitens der Polizei über angebliche Aussagen von einem "Tatbeteiligten" als Begründung geliefert. Nebulös, weil weder ZeugInnen genannt werden noch die Beschuldigung auf die Verhafteten sich anwenden läßt.

Das ganze Komplott gegen die antifaschistische MigrantInnen bekommt allerdings eine andere Dimension, wenn wir die Geschichte und den antirassistischen/antifaschistischen Widerstand der "Berliner antifaschistischen MigrantInnen Gruppe" betrachten.
Sie war einer der wenigen MigrantInnen-Gruppen, die im Zuge der Selbstorganisierung und Selbstverteidigung gegen die rassistischen Angriffe schon 1988 begonnen hat, konsequent Widerstand zu leisten. Als die Bananen-Fütterung der "Brüder und Schwestern " (Wiedervereinigung) begann, konnte sie, auf ihre Strukturen gestützt, sofort dem rassistischen Ausbruch der deutschen Gesellschaft entgegentreten.

Ein weitaus "gefährlicher" Punkt in ihrer Entwicklung war die Unkontrollierbarkeit ihrer Handlungen: Weder durch die etabilierten ausländischen Vereine, Parteien und Vertretungen, noch durch die Normen der deutschen Autonomen und des linksradikalen Spektrums war es möglich, sie zu kanalisieren und zu bändigen. Was des öfteren zu heftigen Auseinandersetzungen mit der deutschen Linken geführt hat.

Ihr größtes "Verbrechen" begann sie allerdings, als sie, mit Erfolg, die Selbstorganisierung der "ausländischen Jugendlichen", insbesondere den "kriminellen Abschaum", die Jugendbanden, in antirassistische Zusammenhänge einbezog. Tausende konnten mobilisiert werden, was sowohl für Rechte wie für Linke zu Problemen und Kopfzerbrechen führte.

Genau das sind die Gründe, die die ganze Härte der Anklage erklären: Die völlige Eliminierung und Ausrottung einer Tendenz unter den MigrantInnen, die sich weder auf Kebap-Rezepte, "Multikulti-Scheiß" noch auf Lichterketten umfunktionieren läßt. Im Wahljahr '94 will die politische Elite ihren WählerInnen ein weiteres "Geschenk" präsentieren: Die exemplarische Bestrafung von "kriminellen Ausländern".
(Die Abschaffung des Asylrechts war das Geschenk des Jahres 1993.)

Für uns liegt ihr Erfolg darin, daß sie praktisch gezeigt hat, daß der Selbstschutz und die Selbstorganisierung von MigrantInnen nötig und möglich ist, um den Rassismus der deutschen Bevölkerung und ihrer Avantgarde (Neonazis) effektiv entgegenzutreten. Daher gilt für uns, alles zu tun, um unsere Solidarität mit den Verhafteten zu praktizieren. Gleiches fordern wir von der deutschen Linken.

Dies ist angesichts der hiesigen Verhältnisse das Minimum an antirassistischen Aktivitäten.

Was den Mordvorwurf betrifft: **Für uns bedeuten Angriffe auf Nazis und ihre Nester keine Revolutionsromantik, sondern Überlebenspraxis**: Eine andere Wahl wurde uns nicht zugestanden. Weder durch die Polizei, die den Mob schützt und marschieren läßt, noch durch die Justiz, die sie mit lächerlichen Strafen (meistens sogar auf Bewährung) laufen läßt, noch durch die deutschen PolitikerInnen die ihre Taten legitimieren (perspektivlose Jugendliche, soziale Probleme usw.).
Für die Nazis und ihren Anhang organisieren sie nach den Angriffen auf uns sozialpädagogische Urlaubsreisen nach Israel oder in die Türkei. Für diese also die "Therapie" und für uns die Gefängnisse. Das ist die bundesrepublikanische Realität.

Doch wir MigrantInnen werden dies nicht mehr belanglos hinnehmen, sondern zurückschlagen.
Wir haben kein Bock mehr die Statistiken dieses Landes als Opfer von rassistischen Angriffen zu füllen. Wir wissen zugleich, daß breite Unterstützung von der deutschen Bevölkerung nicht zu erwarten ist (wir sind froh, wenn sie zu Hause bleibt, sonst haben wir sie ja meistens uns gegenüber).
Die autonome und linksradikale Szene, so wichtig sie auch für uns sind, ändert nichts daran.
Wir leben in einem feindlichem Hinterland.

Seit Jahrzehnten werden MigrantInnen und Flüchtlinge von der Politik der Regierung und der deutschen Parteien als Feinde ausgemacht und dem rassistischen Mob auf der Straße als Angriffsziele angegeben. Die deutsche Polizei sieht ihre Aufgabe allein in der Verfolgung und Kriminalisierung von MigrantInnen und AntifaschistInnen. Des weiteren sehen sich deutsche RichterInnen und StaatsanwältInnen nicht einmal dazu veranlaßt, die rassistischen und faschistischen Mörder zu ermitteln oder gar zu verurteilen.

Während nahezu jedes Wochenende Menschen umgebracht, mit Molotow-Cocktails beworfen oder zusammengetretten werden, werden die Pogrome "verniedlicht" bzw. als "Kavaliersdelikte" behandelt.
Daß in einem politisch von völkischen Pogromen und staatlicher Repression aufgeheiztem Klima in einer Auseinandersetzung dabei auch ein Faschist umkommen kann, ist nicht verwunderlich.

Die letzten Jahre der Pogrome und der neudeutschen Innerlichkeit haben wohl gezeigt, daß auf das Ausland Rücksicht genommen wird (noch!). Daher ist unsere Solidaritätsarbeit nicht nur auf das Inland zu begrenzen, sondern auch aufs Ausland auszudehnen.

Im Wissen um die Wichtigkeit dieser Solidarität haben wir, MigrantInnen aus dem gesamten Bundesgebiet, uns in Hamburg am 22.-23. Januar getroffen und folgende Schritte beschlossen:

- **Gründung von Komitees für die Freilassung der Berliner AntifaschistInnen**. Um unsere Identifizierung mit den inhaftierten FreundInnen, die einer Linie der Selbstorganisierung / Selbstverteidigung der MigrantInnen erfolgreich vertreten, zu demonstrieren, nennen wir die von uns gegründeten Komitees "Anti-Fasist-Gençlik" Komitees
- **Bundesweite Mobilisierung für die am 20.4.1993 in Berlin geplante Demonstration.** Um dies vorzubereiten, treffen wir uns am 18.-19. Februar 1994 in Berlin mit den MigrantInnen (-Gruppen) und am 20. Februar mit den VertreterInnen der Unterstützungsgruppen.
- Durchführung von Informationsveranstaltungen, um MigrantInnen und deutsche AntirassistInnen über die Vorgänge zu informieren und zu mobilisieren.
- **Spendensammlungen**, um die immensen Prozeßkosten zu decken.
- Aufnahme von Kontakten mit AntifaschistInnen auch im Ausland zwecks Unterstützung der Forderung nach sofortiger Freilassung der MigrantInnen und Einstellung aller gegen sie laufenden Verfahren.
- **Organisierung und Durchführung von lokalen und** weiteren **bundesweiten Protestaktionen**, um unsere Forderungen zu unterstreichen.
- Erstellung einer MigrantInnen-Zeitschrift. (Es ist noch nicht konkret, in welcher Form, Inhalt und wie. Auf den nächsten Treffen wollen wir ausführlich diskutieren.)

Freilassung aller Verhafteten und Einstellung der laufenden Verfahren.

Widerstand! Jetzt erst recht !!!

Postanschrift der UnterstützerInnengruppe in Berlin
Kreuzbüro, Stichwort "HERZSCHLÄGE", Großbeerestraße 89, 10963 Berlin
Spendenkonto
R. Stücker, Stichwort "Antifa", Kto.-Nr.: 240 297 679
Sparkasse Berlin, BLZ: 100 500 00

Raus aus dem Ghetto!

Alle AntiFa Gruppen, die nach diesem Motto (oder ähnlich) offene Strukturen anbieten oder Öffentlichkeitsarbeit leisten, sollen mit dieser AG angesprochen werden.
Es hat sich gezeigt, daß es zu wenig offene Strukturen in Berlin gibt durch die "neue" Menschen angesprochen werden. Häufig arbeiten diese Gruppen für sich isoliert und haben mehr oder weniger Erfolg in ihrem Tun. Nach einiger Zeit stellt sich Frustration ein, gerade wenn die wenigen Menschen die dort mitmachen auch noch einen Schwund an Leuten zu beklagen haben.
Ziel dieser AG ist es, daß sich AntiFa-Gruppen, die prinzipiell offen sind austauschen. Dieser Austausch soll die wichtigsten Fragen der offenen Arbeit betreffen.

Z.B.: Wen wollen wir ansprechen?
Wie erreichen wir diese Menschen am besten? (Dazu zählen z.B. Werbestrategien)
Worauf ist zu achten?
Wie schützen wir uns vor Leuten, die uns nicht wohlgesonnen sind? (Bullenspitzel, Faschos)
Warum sind so wenig Frauen, Behinderte, ImmigrantInnen in den Gruppen?
Wie gehen wir überhaupt mit neuen Leuten um (Verhalten, Sprache, Umgang mit "anderen" Meinungen)?

Diese Fragen u.a., welche uns als grundlegend erscheinen, sollen diskutiert werden. Eine inhaltliche Diskussion ist auf Wunsch auch vorstellbar, denn in der Öffentlichkeitsarbeit sollte mensch sich darüber im klaren sein, was überhaupt vermittelt werden soll.

Der erste Termin dieser AG:

Dienstag, den 15.02.94 um 19.30 Uhr im Clash (Uferstr./Ecke Martin-Opitz-Straße)

AntiFa-Café-Wedding
c/o Putte e.V.
Osloer Str. 12
13359 Berlin

UND

Antifa-Café F`hain
im X-B-Liebig

AGIT – PROP
Gegen Faschismus in Europa

BANDIERA ROSSA
Antifaschistische Gruppe

Postanschrift :
Bandiera Rossa A.G.
c/o JWP
Immermann-Str.30
Magdeburg 39108

BANDIERA ROSSA-Agit-Prop-Aktion anläßlich der Machtübergabe an die Nationalsozialisten vor 61 Jahren

Am 29.1.1994 fand auf dem Alten Markt in Magdeburg eine Agit-Prop-Aktion der Antifaschistischen Gruppe BANDIERA ROSSA unter dem Motto "Gemeinsam gegen Faschismus in Europa! - Organisiert den Widerstand!" statt, zu der ca. 100 AntifaschistInnen kamen.
Bei der Aktion wurden auf Holzrahmen gespannte Transparente aufgestellt, auf denen die Umrisse europäischer Länder und die Namen faschistischer Parteien bzw. die ihrer Führer abgebildet waren. Während über einen Lautsprecherwagen Informationen zu den faschistischen Parteien verlesen wurden, verbrannten antifaschistische FeuerspuckerInnen die Transparente.
Mit der Agit-Prop-Aktion sollte auf den gewachsenen Einfluß faschistischer Parteien in Europa hingewiesen und zu organsiertem Widerstand aufgerufen werden.

Vor dem 29.1. wurden von uns gezielt JournalistInnen angesprochen, weil wir das Anliegen der Aktion über das Szene-Publikum hinaus verbreiten wollten. So gab es auch während der Aktion Personen, die sich um die MedienvertreterInnen kümmerten. Die Resonanz in der örtlichen (Volksstimme, 31.1.1994) und sogar in einem Fall in der überregionalen (Junge Welt, 31.1.1994) Presse war daher - nach unserer Einschätzung - ganz gut.

Natürlich ging auch bei dieser Aktion nicht alles glatt. So gab es eine Menge technischer Probleme beim Aufbau der Holzrahmen und der starke Wind trug auch nicht gerade zum reibungslosen Ablauf bei. Zudem hatten wir die Kassette mit der eigentlich geplanten Musik vergessen und zwei nervende Fotografen versuchten immer wieder, Leute direkt zu fotografieren.
Schön war aber, daß es diesmal keinerlei Probleme mit Alkohol oder Besoffenen gab.

BANDIERA ROSSA
Antifaschistische Gruppe

31.1.94 VS

„Gemeinsam gegen den Faschismus in Europa“

Spektakuläre Aktion auf dem Alten Markt

(Coco). Eine spektakuläre Aktion startete am Sonnabend die antifaschistische Gruppe Bandiera Rossa auf dem Alten Markt. „Gemeinsam gegen Faschismus in Europa“, so das Motto der Veranstaltung. Rund hundert Jugendliche waren zu der Veranstaltung erschienen.

„Wir wollen anläßlich des 61. Jahrestages der Machtübergabe an die Nationalsozialisten vor dem wachsenden Einfluß rechtsradikaler Parteien in verschiedenen europäischen Ländern warnen und zu einem entschlossenen Handeln gegen Rechts aufrufen“, brachten die Teilnehmer das Anliegen auf den Punkt.

„Jährlich gibt es Tausende Gewalttaten durch den Naziterror. Viele geschehen aber lautloser und nicht so spektakulär wie in Solingen“, so die Veranstalter weiter. Im sogenannten Superwahljahr 1994, erklärte ein Sprecher der Gruppe, würden in ganz Europa rechtsradikale Parteien wie z.B. die Republikaner in Deutschland und die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) auf den großen Durchbruch hoffen. „Auf diese beunruhigende Tendenz wollen wir aufmerksam machen.“ Die Machtübergabe an Hitler und die NSDAP habe damals gezeigt, daß Faschismus durchaus auf parlamentarischen Wege herbeizuführen sei. Die angemahnte politische Auseinandersetzung mit Faschisten im Parlament sei immer weniger möglich, je mehr Macht und Einfluß diese Kräfte hätten.

Im Verlaufe der Veranstaltung wurden fünf große faschistische Parteien Europas charakterisiert und auf Länder-Transparenten dargestellt. Anschließend wurden die Transparente in Brand gesetzt. „Symbolisch wollen wir so unser Anliegen, die Ausmerzung dieser Ideologie, zum Ausdruck bringen“, erklärte Andy B. diese sicher nicht unumstrittene Geste.

Zukünftig wolle man noch öfter ähnliche Aktionen starten. Vielleicht bleibt dann doch der eine oder andere Magdeburger stehen und hört den jungen Leuten zu. Am Sonnabend waren sie jedenfalls nur unter sich.

Transparente, auf denen die faschistischen Parteien Europas charakterisiert sind, werden von der antifaschistischen Gruppe Bandiera Rossa verbrannt. Foto: Peter Gercke

Straßenspektakel

(Ly). „Gemeinsam gegen Faschismus in Europa“ ist das Thema eines Straßenspektakels der Gruppe „Bandiera Rossa“. Heute abend um 17 Uhr wollen die Akteure auf dem Alten Markt auf die rechtsradikalen Tendenzen in einigen europäischen Ländern aufmerksam machen.

29.1.94 VS



Demo gegen Rechte

Über 100 Jugendliche demonstrierten auf dem Magdeburger Alten Markt gegen Faschismus und Rechtsradikalismus. Sie steckten Transparente, unter anderem mit dem Namen des Rep-Chefs Franz Schönhuber an. Foto: Siegbert Heiland

Dem Leben auf der Spur

Unter dem Titel:
Dem Leben auf der Spur
ist die 36-seitige A4-Broschüre bei folgender Adresse (4 DM & Porto) zu bestellen.

ANTIFAnti-Redaktion,
Alte Münze 12,
49074 Osnabrück

Was gibts sonst:

- Diskussion: Plädoyer für eine neue linke (Antifa)-Politik & Nazis verbieten?
- Interviews: mit einem Fascho(aussteiger) und einer Flüchtlingsfrau
- Geschenke: Cassette zur Hausbesetzung Lange Straße,
- Doku: "4 Jahre Antifa-Cafe" & Poster

NICHT GLOTZEN – KAUFEN!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Die Kampagnenhelgas/ hägars

Eine jede Kampagne findet ihr Ende, so auch jene gegen die Olympiade in unserer Stadt. Das besondere an dieser - sie war teilweise erfolgreich. Okay, Samaranch thront noch und das IOC-Hauptquartier in Lausanne ist immer noch viel zu intakt, ganz zu schweigen von Sydney.... .
Anyway! Der folgende Text ist Produkt unserer Diskussionen in den letzten Monaten. Mit schonungsloser Offenheit werden wir hier sagen, was gut, was schlecht und warum gewesen ist. Denn von dieser Kampagne lernen, heißt.... .

Wie Phoenix auf der Aschenbahn

- Erste Gehversuche des AOK

Schon 1990 sah der Berliner Senat in der Olympiabewerbung eine zentrale ökonomische Entwicklungsperspektive für die am Bonner Subventionstropf hängende, ökonomisch strukturschwache Stadt. Neben der bedeutenden ideologischen Funktion sollte über Olympia 2000 eine gigantische Modernisierungsmaschinerie in Gang gesetzt werden. Offizielle Zielsetzung war dabei, innerhalb von nur 1 - 2 Jahrzehnten die "Global City", eine, mit New York und Paris konkurrierende Dienstleistungsmetropole, zu entwickeln. Die Rolle der Olympiabewerbung rückte allerdings angesichts der Hauptstadtentscheidung 1991 vorübergehend in den Hintergrund. Mit den zunehmenden Querelen und Unsicherheiten bei der Umsetzung des Umzugsbeschlußes erlangte sie jedoch spätestens Anfang 1993 ihre ursprüngliche Bedeutung als Modernisierungsfaktor zurück.

Angesichts der allgemeinen Bewegungslage des linksradikal/autonomen Lagers wurtde die Olympiabewerbung Berlins anfangs (1990) eher als eine zusätzlich nervende Randnotitz betrachtet. Sporadisch blitzte das Thema zwar hin und wieder auf, - so z.B. in einem längeren Artikel in der Vereinszeitschrift "Interim" im März 1990 -, allerdings stand es zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht im Zentrum des Interesses offizieller Medien.

Auch bei uns dominierten damals andere Themen ("Entwicklung BRD/DDR", "Nationalismus/Rassismus", etc.) die Diskussion im Alltag. Große Teile der ehemals linken Öffentlichkeit "überlebten" den gesellschaftlich - ideologischen Roll - Back nicht. In vorauseilendem Gehorsam steuerten sie unter vollen Segeln den Heimathafen des politischen Mainstreams an. Mit der Preisgabe dieses öffentlichen Umfelds wurde aber auch der Spielraum und Resonanzboden für linksradikale Politik eingeengt.

Parallel dazu verschärften sich für uns selbst die Wohn - und Einkommensverhältnisse durch die neue Kapitaloffensive in Berlin wesentlich. Der Glaube an das Erkämpfen eigener realer Existenzperspektiven über einen autonomen Kampfzyklus war aber (zumindest in WB) schon schwer angeschlagen. Logischerweise besetzten dann individualistische Lösungsmuster diesen zentralen Bereich noch weiter.

Die Ohnmacht, mit der wir den rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüberstanden, führte zusammen mit der sicher nicht ganz falschen Frage, ob die autonomen Politikansätze der 80er Jahre denn so bruchlos auf die jetzige Situation angewandt werden könnten, erstmal zu

einer gewissen Orientierungslosigkeit. Vielleicht wurde dieses Dilemma damals nur in der Antifaarbeit punktuell überwunden (aus schierer Notwendigkeit und mit einem klaren Feindbild).

AOK - Eine Krankenkasse bekommt "gesunde Konkurrenz"

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich im Frühjahr 1991 die ersten kontinuierlichen Ansätze, aus denen dann später die relativ feste und verbindliche Struktur des AOK hervorging. Weit entfernt von einer gemeinsamen inhaltlichen Strukturierung oder einer festen politischen Strategie versuchten einige Menschen aus autonomen Zusammenhängen, sich dem Thema Olympia 2000 (und einander) anzunähern.

Die inhaltlichen Beweggründe waren bei den einzelnen sehr unterschiedlich. Antifaschistische Ansätze (die Wellen des Nationalismus nach dem Gewinn der Fußball - WM noch vor Augen) trafen auf die Umstrukturierungsthematik, auf Frauenbild, Leistungsterror, Ideologiekritik, etc. Gemeinsamkeit bestand dagegen weitgehend in dem Interesse, zu einem längerfristigen kontinuierlichen Politikansatz zu finden. Sicherlich kam auf Grund des relativ hohen Altersdurchschnitts der Gruppe einiges an Bewegungserfahrung zusammen; ohne einige spannungsgeladene oder allzu schweigsame Sitzungen verlief aber auch unsere Anfangsphase nicht. Die Suche nach dem einen, schlechthinzündenden, zentralen Kritik- (Angriffs-)punkt wich dabei einem gewissen Eklektizismus, einem Sammelsurium nebeneinanderher existierender Kritikpunkte, wie sie dann später als Themenbereiche in die Nolympiabroschüren Einzug fanden. Für uns war jedoch über das Thema Olympia eine inhaltliche Klammer gegeben, die das "Nebeneinanderher" rechtfertigte. Die Vielschichtigkeit des Themas ermöglichte es dabei, auch einige weiße Flecken autonomen Bewußtseins mal ansatzweise anzureißen (z.B.Körperkult, "Sportlichkeit"). Eben auf Grund dieser Vielschichtigkeit entzog sich "Olympia "2000" aber auch einer generalisierenden, themenübergreifenden Analyse, jedenfalls, wenn mensch das Phrasendreschen vermeiden wollte.

"Wir wollen gewinnen, wir können gewinnen"

Das Thema "Olympia 2000" hatte von Anfang an einen besonderen Reiz:

Die große Chance, an einem, dem Berliner Senat zentralen Punkt, gewinnen zu können, eine für uns reale Bedrohung hier aufzuhalten, und damit auch der um sich greifenden Resignation etwas entgegenzusetzen. Der Pragmatismus, der die Arbeit des AOK im Weiteren stark bestimmen sollte, ist sicher eine Folge dieser realen Erfolgschance. Der zentrale Aspekt dieser ungewohnten Möglichkeit lag dabei in der günstigen Vorraussetzung, daß nicht etwa der kapitalistische Normalzustand aus den Angeln gehoben werden mußte (was wir im übrigen aufs schärfste begrüßen würden!), sondern daß die Entscheidung in der Hand einer kleinen Clique des IOCs lag und wir dort



Einflußmöglichkeiten sahen wie auf kaum einem anderen politischen Terrain. Im Gegensatz zum Aufeinandertreffen realer Machtverhältnisse (bsw. Kapitalverhältnisse - Immobilienmarkt - Miete - Obdachlosigkeit) bot sich bei unseren Adressaten die Medienschiene jenseits der tatsächlichen Kräfteverhältnisse an. Schließlich blieb dem IOC ja immerhin die Wahl zwischen mehreren Austragungsorten. Wir waren daher eigentlich von Anfang an optimistisch, Olympia in Berlin verhindern zu können. Daß wir dabei die politische Forderung "Nolympia

überall" zu einem notwendigen inneren Widerspruch werden lassen mußten, fanden wir denn auch nicht so tragisch. Das weltweit größte Medienereignis von Berlin aus ein für alle mal erledigen zu können, das entsprach nun nicht gerade der Einschätzung der Berliner Zusammenhänge. So wie uns das Amsterdammer Modell Mut gemacht hatte, so hoffen wir, werden sich die kritischen Potentiale anderer Bewerberstädte Ideen für ihren Kampf aus der Berliner Erfahrung aneignen können.

So groß unser Optimismus bezüglich des Scheiterns der Berlin - Bewerbung auch war, so klar war uns eben aber auch, daß damit nicht zwangsläufig die Revolution ausbrechen würde. Unserer Meinung nach wäre es aber mit "Olympia 2000" sehr schwer geworden, die Bedingungen und Räume für autonome Politik in dieser Stadt halten zu können. Die konkrete Chance, dies wenigstens teilweise zu erreichen, war uns Grund genug für eine kontinuierliche Arbeit. Zudem bestärkte uns das Gefühl, im Bezug auf die Hauptstadtentscheidung eine Interventionsgelegenheit regelrecht verschlafen zu haben, darin, zumindest das zweite Standbein der Berliner Senatsstrategie zum Kippen zu bringen.

Vorraussetzungen auf der inhaltlichen Ebene

Olympia 2000 war ein Thema, bei dem wir von vornherein nicht aus einer absoluten Minderheitsposition heraus argumentieren mußten. Viele Gegenargumentationen waren bereits (teilweise schon in den 70ern) in linken bis linksliberalen Medien veröffentlicht und mußten nur auf Berlin 2000 angepaßt werden. Wir sahen daher unsere Aufgabe darin, diese Informationen zusammenzutragen und in eine Praxis zu vermitteln.

Doping, Kommerzialisierung des Sports, Elitenbildung, etc. waren in den vergangenen Jahren Themen intensiver gesellschaftlicher Diskusson geworden und blitzten auch in den Kommentaren der bürgerlich / intellektuellen Schreiberlinge auf. Der Lack am "Dabei sein ist alles" - Slogan war längst schon abgeblättert und die Finanznöte ehemaliger Olympiastädte offensichtlich. Während der erste Olympia - GMBH - Chef Grüttke vor allem Lachnummern bot (um anschließend von olle Nawrocki noch überboten zu werden), bot sich mit der Gerontokraten - Mafia des IOCs und besonders des Altfaschisten Samaranch ein hervorragender Ansatzpunkt für eine politische Polarisierung. Dabei hat es sicher nicht zuletzt auch Spaß gemacht, die völlige Verlogenheit dieser "Olympischen Idee" und ihrer Vertreter aufzudecken. Jedenfalls ermöglichten inhaltliche und personelle Struktur der "Olympia - Idee" ein wunderschönes Feindbild, eine Schwarz - Weiß - Optik, die eben nicht aus einer Vereinfachungsmotivation entsprang, sondern durchaus eine reale Entsprechung besaß. Eben dies gab dann ja auch einen guten Nährboden für militante Initiativen ab.

Inhaltliche Arbeit, das Anschieben öffentlicher Aktionen und schließlich eine funktionale Vermittlerrolle zwischen militantem Widerstand und linksliberalen Medien (und nicht umgekehrt); mit etwa dieser Einstellung begannen wir unseren Part im erste Jahr der Nolympia - Kampagne. Allerdings mit einigen Zweifeln, ob dieses Thema jemals eine autonom/linksradikale Öffentlichkeit finden würde.

Inhalte

Wir hatten uns im Sommer1991 einiges vorgenommen. Bei der ersten Veranstaltung zur Nolympia-Kampagne im EX, spannten wir den Bogen ziemlich weit:
- Olympia und Umstrukturierung
- Leistungssport und Kapitalismus
- Olympia und das IOC
- Körper-und Fitnesskult in unserer eigenen Scene
- Berlin 2000 und die Naziolympiade 1936
- Olympia und Nationalismus
- IOC und seine profaschistische Vergangenheit (besonders in der Figur Samaranch)
- Wo liegen mögliche revolutionäre Perspektiven in der NOlympia-Kampagne?

Wir hatten anfänglich geglaubt, mit der NOlympia-Kampagne könnte endlich mal die selbstkritische Aufarbeitung unseres Jugendkults, unseres doch so sportlichen Outfits (siehe der Turnschuhkult Marke Reebok, Nike etc), unseres eigenen

Körperbildes, unserer Körperästhetik beginnen. Doch was kam war Fehlanzeige. Die Autonomen waren mehr interessiert an den vermeintlich wichtigen politischen Themen wie Umstrukturierung, Verdrängung der unseligen Tradition der Nazipropagandaolympiade beim Senat und beim IOC.

Vielleicht wäre die inhaltliche Diskussion über die genannten Punkte besser gelaufen, wenn wir selbst weitere Veranstaltungen durchgeführt hätten. Wir haben zwar versucht, mittels der Antiolympiastadtrundfahrt noch auf weitere Themen als Umstukturierung, Vertreibung und Naziolympiade hinzuweisen. Aber Busfahrten eignen sich bekannterweise schlecht für ellenlange Referate.

So beschränkte sich die von uns mitbestimmte inhaltliche Diskussion auf die Erstellung der Broschüre. Nachdem die 1. Auflage reichlich schnell vergriffen war, brachten wir im Frühjahr 1993 dann die überarbeitete 2. Auflage auf den (Scene-) Markt und dachten damit der inhaltlichen Verbreiterung unserer Positionen und Analysen Genüge geleistet zu haben. Weit gefehlt. Wir haben uns zu wenig um eine größere Verbreitung der Broschüre gekümmert, obwohl selbst in liberalen und PDS-nahen Gazetten unsere Arbeit gelobt wurde. Letztendlich haben wir wieder nur uns selbst agitiert, sind kaum über den autonomen Tellerrand hinausgekommen. Desweiteren gelang es uns auch innerhalb der Sceneöffentlichkeit nicht, eine (selbst-) kritische Diskussion loszutreten über unser Verhältnis zum Sport, zum Leistungssport im Besonderen und zu unserer eigenen zweifelhaften Medienfixiertheit bei Großsporteignissen.

Erst auf der Abschlußveranstaltung am Vorabend der Septemberdemo 1993 kehrten wir wieder zu den von uns unterbelichteten Inhalten zurück. Dabei mußten wir uns erstmal eine ordentliche Ladung (berechtigter) Kritik von einem Vertreter der Krüppelinitiative anhören: Bei der Erstellung der Broschüre hatten wir das Thema Paralympics und Behindertensport einfach unter den Tisch fallen lassen und die fundamentale Kritik an den Paralympics durch SprecherInnen der Behinderten ignoriert. Wir hatten keine Ahnung, wie perfide mittlerweile die Paralympics vor den Karren des Leistungssports gespannt sind und wie brutal die "Selektion zwischen den verschiedenen Klassen" von Behinderten läuft. Oberstes Leitbild ist auch im Behindertensport der "gesunde", absolut leistungsfähige, ausbeutbare Körper.

Bei der inhaltlichen Arbeit haben wir aber auch in der Medienarbeit ziemlich kläglich ausgesehen. Wir hätten sicherlich an der einen oder anderen Stelle die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen müssen und unsere inhaltliche Kritik an Olympia rüberbringen können. Nicht von ungefähr gelang es so PDS und AL über einen sehr langen Zeitraum, ihre Parole "Spiele zur falschen Zeit am falschen Ort" von uns unwidersprochen in die Medien zu plazieren.

Beim Thema Umstrukturierung und Vertreibung haben wir zusammen mit den Standortinitiativen die (Medien-)Öffentlichkeit überzeugt, daß das was mit Olympia zu tun hat - zumal das Thema "Stadtmodernisierung" von der Gegenseite sehr eng mit Olympia verknüpft wurde. An den Standorten tauchten wir nur gelegentlich auf, wenn irgendwelche Aktionen angesagt waren, zumeist verliefen die aber ohne große Beteiligung der örtlichen Bevölkerung und die Nolympics waren mehr unter sich. Dennoch kam es manchmal zum Zusammenspiel von vielen kleinen Aktionen, Pressemitteilungen und Flugblättern in den betroffenen Kiezen.

Zum Thema Naziolympiade wurde der Auftakt durch die Olympia Gmbh und den Senat mit dem Fressen für die IOC-Bonzen vor dem Pergamonaltar im September 1991 selbst inszeniert. Die Entwendung der Carl Diem-Tafel aus dem Olympiastadion durch das Kommando "Lutz Grüttke" und unsere häufigen Verweise auf die Verdrängung der früheren Lobgesänge auf die Naziolympiade durchs IOC, sorgten beim Senat und in Teilen der Presse immer aufs Neue für helle Aufregung und peinliche Auftritte und Aktivitäten (so Nawrockis Gerede "das waren keine bösen Spiele", oder der Nachdruck des S-Bahnfahrplans von 1936 durch die BVG oder der Marzipan-Nachbau des Reichssportfelds bei Karstadt).

Uns ist im nachhinein von einigen KritikerInnen in der INTERIM vorgehalten worden, wir hätten in der NOlympia-Kampagne versäumt, die revolutionäre Perspektive zu formulieren und hätten uns in reformistischer Erfolgsorientierung verloren. Nun, da ist insofern was dran, da es uns nicht gelang, mit den oben genannten Themen wie unser eigenes Körperbild, unser Begriff von Gesundsein (wofür u.a. der Sport als Metapher steht) deutlich zu machen, daß wir dies als einen Teil des revolutionären

Prozesses meinen. Wir wiederholen es noch einmal: Solange wir Linksradikale selbst häufig, allzuhäufig der Faszination Leistungssport aufsitzen, können wir nur bedingt die Leistungsgesellschaft kritisieren. Die Revolutionierung des Alltagslebens schließt die Revolutionierung des Leistungsbegriffs, des Körperbildes (mensch denke nur mal an die Ähnlichkeit der Männermuskelkörper bei den Denkmälern der Faschisten und der Realsozialisten) und unseres Krankheitsbegriffs mit ein!!!

GegnerInnen

"Wer sich politisch engagiert, schafft sich Gegner" diese tiefschürfende Aussage hat vor kurzem ein Journalist in der taz gemacht. Unser Gegner war von vornherein klar: An oberster Stelle das IOC, dann der Senat und sein Bullenapparat und schließlich die Olympia Gmbh. Doch GegnerIn ist nicht gleich GegnerIn. Zunächst dachten wir, wir sind die Maus und die anderen sind die Katze. Doch wie so oft wachsen die einen mit ihrem Gegner und die anderen stellen sich zudem noch selbst ein Bein. Als solch ein (politischer) Tolpatsch stellte sich schnell die Olympia Gmbh heraus.

Ihr Handeln, besonders ihre Öffentlichkeitsarbeit, war die Aneinanderreihung von Peinlichkeiten, Pannen und Pleiten. Besonders zu Zeiten von Olympia Gmbh-Chef Lutz Grüttke wußten wir manchmal nicht so recht, für welche Seite er nun eigentlich arbeitet. Die Liste der an die Öffentlichkeit gelangten Skandale und Skandälchen ist zu lang, um sie hier zu wiederholen. Fest steht, daß wir uns keinen besseren Gegner als Grüttke wünschen konnten. Er hat durch sein Auftreten, den Mann von Welt eben nur zu mimen, dermaßen die Berliner Provinzialität verkörpert, wie es nach ihm nur noch Sportsenator Klemann bei seinem berühmten Presseauftritt in Monte Carlo wieder gelang. (So war es wohl auch nicht nur pure Ironie, daß sich die Gruppe, die die Tafel Carl Diems aus dem Olympiastadion entwendete, "Kommando Lutz Grüttke" nannte).

Mit Nawrocki als seinem Nachfolger wollte Diepgen auf Nummersicher gehen und holte



sich einen Manager aus der Treuhandriege, der auch das richtige Parteibuch in der Tasche hatte. Doch hier, wie an anderen Stellen in Personalfragen griff Diepgen voll daneben. Nawrocki galt von Anfang an als profilierungssüchtig, geldgierig und hatte mit Sport außer als Herrnreiter nichts am Hut. Zudem war er kein weitgereister Manager,

kein "Global Player", der sich in den Kongreßsälen und Vorstandsetagen der Metropolen auskennt.Denn solche Qualitäten waren erforderlich, um die IOC-Bonzen, die großenteils aus der Industrie und Politik kommen, zu überzeugen. Diepgen dagegen meinte, es reicht, wenn Nawrocki sich im Berliner Mafiafilz auskennt, um die Berliner Industriefürsten, Finanzjongleure und Medien auf Linie zu bringen.

Aber schon auf Bundesebene, z.B. bei der Bundesregierung lief ohne seinen eigentlichen Chef Edzard Reuter von Daimler-Benz nix. Erst recht nicht auf dem internationalen Parkett. Dort wurde ihm Frau Schmitz von der ISL (die Firma die dem IOC im letzten Jahrzehnt das meiste Geld durch die Vermarktung der Olympischen Spiele in die Taschen spielte) zur Seite gestellt. Trotzdem durfte er nicht überall mit hin. Einer der Gründe für die gelegentliche Abwesentheit des höchstbezahlten Abzockers der Stadt auf dem internationalen Parkett wird in dem unsäglichen Auftreten des Großprotzes während der Olympiade in Barcelona gesehen, wo sich Berlin mehr blamiert als profiliert haben soll - außer Millionengeschenke, Saufgelage und Spesen soll wenig von den weiteren "Attraktivitäten" der Stadt für die IOC-Bonzen rübergebracht worden sein.

Nawrocki war von Anfang überfordert. Seine Olympia Gmbh sollte die Quadratur der (olympische) Kreise schaffen: 1. Innerhalb eines Jahres die mehrheitlich ablehnende Haltung der Berliner Bevölkerung in eine vom IOC geforderte 80%ige Zustimmung umzubiegen, 2. den obersten "Berlinfeind", Finanzminister Waigel davon überzeugen, daß er eine zweistellige Milliardensumme für Olympia 2000 rüberschiebt und 3. das IOC von der Attraktivität der Spreemetropole als olympischer Dukatenesel im Jahr 2000 und Sicherheitshochburg zu überzeugen.

Diesen Aufgaben war weder die Berliner Senatorenriege noch Nawrocki oder Schmitz gewachsen. Selbst olle Edzard mit seinen persönlichen Beziehung zu Kohl in Bonn und zu Samaranch in Lausanne konnte da nichts löten.

Letztendlich sind Diepgen und Nawrocki aber an ihrer eigenen Selbstüberschätzung gescheitert. Diepgen, Landowsky und Konsorten gingen wohl davon aus, daß die Zustimmung zu Olympia 2000 noch genauso groß sei, wie zu Zeiten des Mauerauftritts von Ronald Reagan 1987, der die Idee der Spiele in beiden Teilen der geteilten Stadt den begeisterten "JubelberlinerInnen" der Frontstadt präsentiert. Damals gelang es Diepgen durch die "Anti-Berliner"-Kampagne, die GegnerInnen der 750-Jahr-Feier madig zu machen (natürlich mit Hilfe der Springerpresse). Nach dem Fall der Mauer war diese besondere Spezies des/der "JubelberlinerIn" ziemlich schnell verschwunden. Daß die Stimmung in der Bevölkerung der vereinigten Stadt sich so schnell ändern könnte - und daß dies sehr viel mit den realen Ängsten vor Vertreibung , Mietwucher und sozialem Abstieg zu tun hat - war für Diepgen und Co unvorstellbar und symptomatisch für ihre Ignoranz der sozialen Realität.

Die Propaganda und Medienarbeit der Olympia Gmbh lehnte sich stark an die Konzepte von 1987 an, versuchte durch provinzielle Imagewerbung an die Gefühlsgemengelage der BerlinerInnen ranzukommen. So ungefähr nach dem Motto: wenn du dir das gelbe Bärchen ans Revers heftest, tust du was Gutes für deine Stadt. Das erwies sich als völlige Bauchlandung. Wer mit dem gelben Bärchen durch die Stadt kurvte, setzte sich eher der Gefahr aus, als Mitglied der Baumafia oder der weithin verhaßten Politikerkaste angepöbelt zu werden.

Besonders peinlich und zugleich der höchste Ausdruck der Provinzialität war, daß die Olympia Gmbh meinte, mit diesem Werbekonzept zur Überzeugung der Neuköllner KleinbürgerInnen auch die internationalen Medien und das IOC selbst von der Attraktivität Berlins überzeugen zu können. Immanent betrachtet, fehlt es der Stadt und der herrschenden Politik an Visionen, wie die Modernisierung der Großstadt als Weltmetropole für das Jahr 2000 aussehen soll. Die ganze Unfähigkeit der herrschenden Politik drückt sich wohl kaum besser als in diesem bescheuerten Bärchenlogo aus. "Weltniveau" besaßen Senat und Olympia Gmbh einzig im Schmieren und Umschwenzeln der IOC-Bonzen - und zwar allein in der Quantität, was die Zahl der Millionen angeht, die sie den IOC-Bonzen in den Arsch geschoben haben.

Zu unseren GegnerInnen gehörten natürlich auch die Bullen, der Staatsschutz und Heckelmann als ihr oberster Macker. Sie haben uns lange Zeit in Ruhe gelassen und sind erst richtig im April 1993 im Vorfeld des Besuchs der IOC-Bewerbungsdelegation in volle Hektik verfallen und haben dabei



sicherlich politisch mehr Falsches als Richtiges angestellt. Die Bullenstrategie mag polizeitaktisch richtig gewesen sein, aber hier, wie an anderen Stellen, fehlte es mal wieder am richtigen politischen Gespür, worauf es für den Senat beim IOC ankommt.

Wenden wir uns den anderen GegnerInnen zu. Da wären zu nennen die Sponsoren und natürlich das IOC, den eigentlichen Adressaten unserer NOLympia-Kampagne.

Bei den Sponsoren stellte sich ziemlich schnell heraus, daß Berlin 2000 unter der Regie des Daimler-Benz Konzerns stattfinden würde. Edzard Reuter schob zwar lange Zeit erfolgreich sein scheinbar ideelles Interesse an Berlin in den Vordergrund. Aber Mitte 1993 offenbarte sein Pressesprecher Kleinert die materiellen Interessen der Daimler-Tochter DEBIS, die am Potsdamer Platz ihr Hauptquatier errichten wird,"Berlin 2000 verspreche für Debis ein Milliardengeschäft". Wieso die Telekom oder die Berliner Bank oder die Baumafia für Berlin Millionen rausschmissen, war für alle auf der Straße schnell ersichtlich. Alle erhofften sich große Profite durch Olympia. Den Sponsoren gelang es nur in geringem Maße, die Berliner Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die zukünftigen Gewinne für ihre Konzerne auch ein Gewinn für die Stadt darstellen. Ihre massive Werbekampagne erreichte nicht die GegnerInnen und SkeptikerInnen von "Berlin 2000", dafür war ihre Propaganda einfach zu platt.

Zum IOC wollen wir an dieser Stelle nicht noch mal alles aufzählen, was wir früher. u.a. in der VOLXSPORT STATT OLYMPIA - Broschüre schon gesagt haben. Nur soviel: Für uns war von entscheidendem Vorteil, daß das IOC im internationalen Ansehen in den letzten Jahren enorm gesunken ist, nicht zuletzt durch den Altfaschisten Samaranch und seine Kommerzialisierung der Olympischen Spiele. Desweiteren war und ist das IOC höchst empfindlich, wenn ihr Image in den Medien beschmutzt wird.

Unser einfache wie platte Strategie war also, wo wir eben nur konnten, mittels Drohgebärden und Aktionen dem IOC zu zeigen, daß sie sich hier in Berlin nicht sicher fühlen können und ihre miese Geldscheffelpolitik öffentlich denunziert wird. Dies gelang uns zum ersten Mal mit der kleinen Demo im September 1991 und setzte sich über unsere Bestechung der IOC-Mitglieder 1992 und die Aktionen in der Höhle des Löwen, in Lausanne und Monaco 1993 fort. So hatten einige kleine Farbeier am IOC-Headquarter ungeahnte Wirkungen: IOC-Mitglied Marc Hodler aus der Schweiz riet seinem alten Schulfreund Richard von Weizsäcker ,die Finger von der Unterstützung Berlins zu lassen: "Wer unser Haus in Lausanne beschmiert, den wählen wir nicht!" Samaranch, daß wußten wir, will wie eine Majestät behandelt werden - und dann können selbst rohe Eier die Wirkungen von Bomben haben. Genau diese Taktik ging trotz eines riesen Bullenaufgebots im Juni in Lausanne und im September in Monaco auf.

Nicht zuletzt: Noch nie in der Geschichte der Olympischen Spiele hat es innerhalb eines halben Jahres zwei solch große NOlympia-Demonstrationen gegeben!



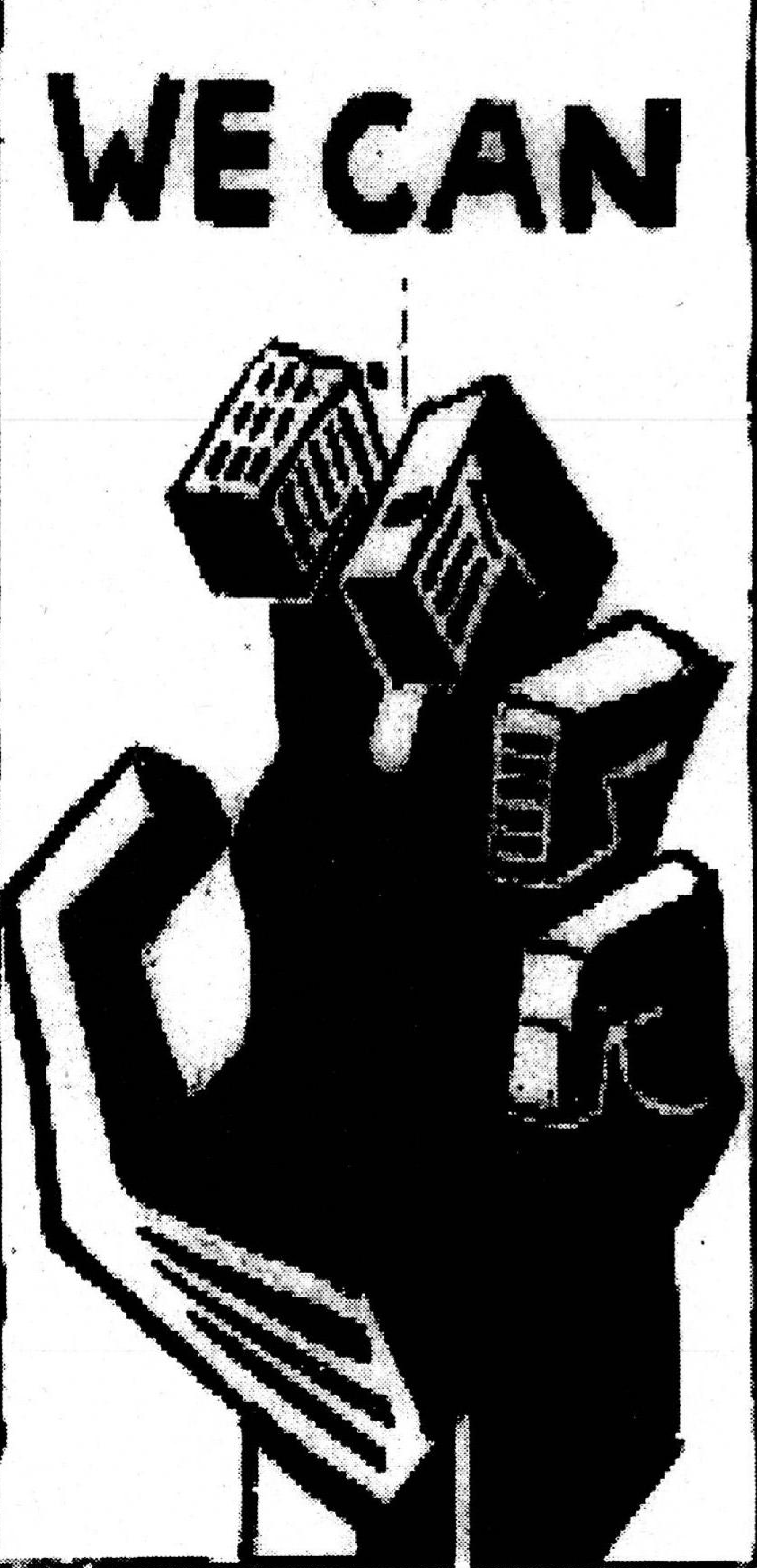
Seth Tobocman

Bündnis?

Wir Autonomen sind eigentlich grundsätzlich gegen Bündnisse. Nur wenn wir uns politisch schwach fühlen, gehen wir auf Bündnisse ein.

Wir haben mit der Anti-Olympiaarbeit angefangen, ohne darauf zu achten, wie sich andere Gruppen und Parteien zu diesem Thema verhalten. Die AL z.B. war zu Zeiten der Rot-Grünen Koalition nicht gegen sondern für Olympia. Ihr damaliger Staatssekretär Kuhn war sogar für die Olympiaplanung zuständig.

Im Laufe unserer Arbeit wurde allerdings klar. daß noch andere gegen Olympia sind. Erste Kontakte gab es anläßlich der Demo im September 91 zur Tagung des IOC-Exekutivkomitees in Berlin. Das endete damit, daß die Demo von einem Bündnis aus Autonomen, AL/Grüne, PDS und Umweltgruppen gemacht wurde. Die Entscheidung, die Demo als Bündnis zu machen, war kein Ergebnis langer Diskussionen und strategischer Überlegungen. Wir standen damals noch ziemlich am Anfang unserer Arbeit und wußten überhaupt nicht, wie viele Leute wir mobilisieren würden. Und da die anderern Gruppen auch demonstrieren wollten, hatten wir nur die Alternativen, da mitzumachen, oder eine eigene Demo zu organisieren. Und das haben wir uns zu dem Zeitpunkt einfach nicht zugetraut.



Danach waren wir ziemlich gefrustet. Die Bündnisarbeit hatte Nerven gekostet, ohne daß die Demo besonders groß oder erfolgreich geworden wäre. Wir ärgten uns, wie so oft bei Bündnissen, daß die Parteien die Demo vereinnahmen wollten und mit ihren größeren Möglichkeiten die Öffentlichkeitsarbeit bestimmten.

Nach dieser Demo entstand ein Bündnis, das BAK, an dessen Sitzungen wir, zunächst unregelmäßig, teilnahmen. Die Gründe für uns, im BAK mitzuarbeiten, waren zunächst, daß wir natürlich mitkriegen wollten, was sonst noch so gegen Olympia läuft, zum anderen war es auch eine wichtige Informationsquelle, da z.B. die ParlamentarialInnen im Bündniss ganz andere Möglichkeiten hatten, an zum Teil auch interne Informationen ranzukommen. Außerdem waren wir uns zu dem Zeitpunkt überhaupt nicht sicher, inwieweit unsere Szene an dem Thema Olympia interessiert war. Die Beteiligung an verschiedenen Aktionen war so gering, daß wir nicht von einer "Bewegung" sprechen konnten. Wir fühlten uns also einfach nicht stark genug, um zu sagen, wir machen eine autonme Kampagne, ohne Rücksicht auf andere nehmen zu müssen. So traurig es ist, aber wenn im Parlament vertretende Parteien gegen etwas sind, wird es einfach leichter in der Öffentlichkeit sichtbar, daß es Vorbehalte gegen etwas gibt - auch wenn nichts spektakuläres passiert. Das sieht man zum Beispiel in der Hauptstadt- und Regierungssitzfrage. Hier gibt es in Berlin keine Partei die dagegen ist, keine kritischen Positionen in den Medien usw. Daß heißt, wir müssten ganz schön was auf die Beine stellen bis überhaupt sichtbar würde, daß es auch hier in Berlin GegnerInnen des Hauptstadtbeschlusses gibt.

Zum BAK müssen wir noch sagen, daß es





Kommerzialisierung usw. entwickelt hatten.

Ein weiterer Knackpunkt ist bei Bündnissen regelmäßig die Frage der Wahl der Mittel, zur Durchsetzung politischer Ziele - also die sogenannte Gewaltfrage. Hieran ist schon so manches Bündnis zerbrochen - bzw. den Autonomen wird oft gerade wegen ihrer Haltung zur Militanz die Bündnisfähigkeit abgesprochen. Das ist im BAK erstmal nicht passiert, und es wurde sich auch nicht distanziert. Das lag an den konkreten Personen in diesem Gremium, die zur Militanz entweder ein sehr taktisches Verhältnis hatten, oder auch bemerkt hatten, daß die Anschläge beim IOC Eindruck hinterlassen haben. Und die Strategie war ja auch zum Teil die, den Zuschlag für Berlin zu verhindern und eben nicht unbedingt die, große Teile der Bevölkerung von unserem Anliegen zu überzeugen. Das alte Argument, Militanz würde Leute abschrecken, sich mit uns zu solidarisieren, war hier also nicht so wichtig. Außerdem waren die Leute im BAK offenbar keine gewaltfreien Fundamentalisten, für die Gewaltfreiheit ein Wert an sich ist, den es zu propagieren gilt.

kein klassisches Bündnis mit langen inhaltlichen Diskussionen über gemeinsame Aufrufe usw. war. Die Arbeit dort war von einer sehr pragmatischen Herangehensweise geprägt. Inhaltliche Differenzen habe in der Anti-Olympia-Kampange auch deshalb nicht so eine überragende Bedeutung gehabt, weil es in diesem Fall keine "reformistische" Lösung gab. Gemeinsames Ziel war es, den Zuschlag des IOC für Berlin zu verhindern. Wenn Berlin die Spiele bekommen hätte, sähe das jetzt wohl anders aus. Wahrscheinlich würden wir dann immer noch versuchen, dieses Spektakel zu verhindern, während andere versuchen würden, Olympia möglichst stadtverträglich und ökologisch zu gestalten. Aber soweit ist es ja glücklicherweise nicht gekommen. In der konkreten Arbeit im BAK war es jedenfalls unerheblich, daß die einen sagten: "Falsche Stadt zur falschen Zeit", und wir grundsätzliche Positionen und Kritik zu Leistungssport,

So war die Atmosphäre bei den Bündnistreffen häufig geprägt von klammheimlicher und oft auch nicht so klammheimlicher Freude, wenn wieder mal "was passiert war". Uns blieb es jedenfalls erspart, inhaltliche Kompromisse in der Militanzfrage machen zu müssen, bzw. nervige Diskussionen zu führen.

Die im BAK vertretenden Gruppen waren zum Teil unabhängige oder Umweltgruppen und zum Teil aber auch Parteien, konkret AI, PDS und Jusos. So besteht einfach die Gefahr, zum Spielball anderer Interessen und innerparteilicher Machtkämpfe zu werden. Außerdem haben Parteien auch wesentlich mehr Möglichkeiten, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. So war es fast die Regel, daß das autonome Spektrum zwar den Großteil der TeilnehmerInnen auf den Demos stellte, die "Vermarktung" dieses politischen Erfolgs aber den ParteivertreterInnen überlassen wurde. Ganz einfach weil wir uns sehr anstrengen müssen, unsere Positionen in die Öffentlichkeit zu bringen, während den

ParteivertreterInnen von den Medienleuten förmlich die Bude eingerannt wird.

Die im BAK vertretenden Parteien schielen alle auf eine Partizipation an der Macht. Das heißt konkret, daß sie ihre Koalitionsfähigkeit mit anderen bürgerlichen Parteien nicht auf´s Spiel setzen wollen, und davon wird ihr Handeln und Taktieren auch maßgeblich bestimmt. Deshalb der ewige Hickhack um Demorouten usw. Wobei es uns allerdings zu gute kam, daß die Mobilisierungsfähigkeit zum Beispiel von PDS und AL eher gering ist, und allen klar war, daß die Autonomen den Großteil der TeilnehmerInnen an den Demos stellen würden. So gelang uns in der Regel unsere meisten Forderungen durchzusetzen, so z.B. die Demoleitung und die Demoinfrastruktur zu stellen.

Aus unserer Unsicherheit über das Interesse der Szene enstand auch der Beschluß, die Demo im April 93 nicht allein zu organisieren. Ganz einfach aus der Überlegung: wenn die Demo wahrscheinlich nicht militant wird, dann soll sie zumindest groß werden.

An die Demo im September 93 sind wir dann schon anders rangegangen. Wir wollten die Demo eigentlich ohne das BAK organisieren und haben mit Häusergruppen und der WBA aus P´berg zusammengearbeitet. Allerdings wollten die Gruppen aus dem BAK natürlich auch demonstrieren, und wir konnten sie nun, nachdem wir schließlich schon eine ganze Weile zusammengearbeitet hatten, nicht einfach davon ausschließen. So wurde diese Geschichte dann doch zusammen organisiert, wobei es ein ziemliches Hickhack und eine Taktierei um Plakate und die Route gab. So kam von Seiten der AL zunächst der Vorschlag, natürlich um Krawall zu vermeiden, zum Brandenburger Tor zu laufen. Wir konnten uns, durch selbstbewußtes Auftreten, und weil klar war, daß ohne uns nichts läuft, im wesentlichen mit unseren Vorstellungen durchsetzen.

Der Nachteil bei der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und insbesondere Parteien ist, daß, in der Regel fast die ganze Öffentlichkeitsarbeit über prominente ParteienvertreterInnen läuft. Dazu müssen wir natürlich selbstkritisch anmerken, daß wir dieses Feld auch ganz gerne anderen überlassen. Aus Bequemlichtkeit und weil wir uns nicht so recht trauen. Und spätestens nachdem die Anschläge zum Teil das Bild des Anti-Olympiawiderstands bestimmt haben und die Demos immer größer wurden - und offensichtlich von der autonomen Szene bestimmt wurden - hätten wir nicht mehr so viel Rücksicht auf unsere BündnispartnerInnen nehmen müssen. Offensiv nach außen wurde nur einmal gegangen, ganz zum Schluß bei der Pressekonferenz zur letzten Demo im September 93, wo gesagt wurde, daß Brandanschläge integraler Bestandteil der Anti-Olympiakampagne sind.

Zusammengefasst läßt sich sagen, daß es sicherlich nicht falsch, war zu den Bündnistreffen zu gehen. Wir konnten am Anfang nicht einschätzen, wie mobilisierungsfähig die Szene zum Thema Olympia ist, und so war unsere Arbeit lange Zeit die, eine Kampagne ohne Bewegung zu machen. Und da waren Infos und das Wissen was sonst noch läuft eben wichtig. Die Zusammenarbeit im Bündnis war natürlich zum Teil nervig und von allen Seiten, auch von uns, von Taktiererei bestimmt, anderseits aber oft auch angenehm, da wir nicht den schlimmsten ParteienvertreterInnen gegenübersaßen. Außerdem hatten wir auch irgendwann ein ziemliches Gewicht im Bündnis, was zum einen an unserer Mobilisierungsfähigkeit lag, zum anderen an unserer Zuverlässigkeit und Kontinuität.

Wir sind am Anfang an die Anti-Olympiaarbeit auch nicht so rangegangen wie zum Beispiel an die anspruchsvoll überladene IWF-Kampagne. Wir fanden es wichtig, dieses Spektakel zu verhindern, wollten aber Olympia auch nicht zum Zentralthema der autonomem Szene machen. Später, 1993, hat sich dann gezeigt, daß doch viele an dem Thema interessiert sind und auch zum Handeln bereit waren. Das zeigte sich an den Anschlägen, den Unmengen von Graffitis und Transparenten und auch die Beteiligung an den beiden Demos 1993. Aber da lagen schon zwei Jahre Anti-Olympiaarbeit hinter uns. Da hätten wir vielleicht irgendwann selbstbewußter, auch nach außen, auftreten können.

***weil einzelne von uns schon des öfteren gefragt wurden: Die laut der letzten Interim enttarnte verdeckte Emittlerin des MEK, Christine Schindtke, hat nicht im AOK mitgearbeitet. Soweit wir es nachvollziehen konnten, tauchte sie im Sommer 93 im BAK, kurz vor IStaF und in der Vorbereitungszeit der September-Demo dort an 3 Plena auf.**



X

Angenehm überrumpelt wurden wir von den 18 Seiten "AOK informiert". Weil für alles kein Platz war, kommt die Fortsetzung in der nächsten Nummer !

INFORMATION ZUR ENTTARNUNG DES SPITZELS ANDREAS WALTHER IN FRANKFURT/MAIN

Stationen einer verhinderten Karriere

Vorbemerkung

Vor gut einem Monat wurde in Frankfurt ein Agent einer Staatsschutzbehörde enttarnt, der sich unter dem Namen Andreas Walther gut zwei Jahre lang in verschiedenen linken Zusammenhängen in der Stadt bewegt hatte. Seitdem arbeiten hier verschiedene Leute an der Aufklärung seiner Person und seiner Tätigkeit.
Wir, Frauen aus den betroffenen Gruppen, haben uns als Ermittlungsausschuß organisiert, um diese Arbeit voranzutreiben, zu koordinieren und zusammenzufassen. Da bisher außer der ersten Kurzmitteilung über die Stadt hinaus praktisch nichts über die Aktivitäten und die Enttarnung von A.W. bekanntgeworden ist, haben wir uns entschieden, als erstes eine Chronologie seines Werdegangs in unserer Stadt vorzulegen. Wir machen das so detailliert wie möglich, weil wir gemerkt haben, daß wir über manche seiner Kontakte, Verbindungen usw. noch sehr wenig wissen. Wir möchten deshalb alle, die ihn gekannt haben/Kontakt mit ihm hatten und das bisher nicht eingebracht haben, auffordern und bitten, uns alles mitzuteilen, was zur weiteren Aufklärung beitragen kann.

Der Ermittlungsausschuß



Auftauchen in Frankfurt

Der genaue Zeitpunkt des Umzugs von A.W. nach Ffm. ist nicht klar. Sollte er, wie er einigen gegenüber andeutete, schon Anfang 1991 hergekommen sein, so ist er jedenfalls vor dem Spätsommer in unseren Zusammenhängen nicht aufgetaucht. Nach seinen Angaben wohnte er zunächst in der Heidestr./Heideplatz im Nordend in einer "Zweck-WG" mit zwei Frauen. Etwa Spätherbst 91 zog er nach Bockenheim, Grempstr. 16, in ein möbliertes Zimmer.
Im August/September 91 nahm er in Macharaviaia/Spanien an einem span. Sprachkurs der Academia Sonora teil. Er traf dort eine Frau aus Ffm., der er erzählte, er habe zuerst den Kurs von Clic besucht, der ihm nicht gefallen habe, deshalb habe er gewechselt; er halte sich für 3 Monate in Spanien und Portugal auf. Am 6. September fuhr er mit dem Auto nach Madrid und blieb dort einige Tage in einem Hotel.
Etwa im Sept. 91 schloß er sich dem Arbeitskreis (AK) Afrika des 3.Welt-Hauses (3WH) in Ffm. an. (siehe Anmerkung). Er gab dort an, er habe 1/2 Jahr in Uganda gearbeitet. Nach Einschätzung eines AK-Mitglieds kann er in dem Land aber nicht viel Einblick bekommen haben. Insgesamt habe A.W. mehr "aktives Interesse" als "inhaltliche Kenntnisse" gezeigt.
Okt./Nov. 91 zog das 3WH nach Rödelheim um. Für das Haus war das eine Umbruchsituation und ein bißchen auch ein Neuanfang. Dabei tauchte A.W. erstmals im Rahmen von Hausaktivitäten auf; aufgrund seiner Hilfsbereitschaft und seiner handwerklichen Fähigkeiten wurde er sofort in die Renovierung des neuen Hauses und den Umzug selbst einbezogen. Darüber bekam er Kontakt zu anderen Gruppen und Einzelnen im Haus. Diesen und später anderen Leuten, die er kennenlernte, erzählte er die folgende Geschichte:

Biografie

Er sei am 28.10.1967 in Waldfischbach/Südpfalz geboren und habe dort bis zu seinem 4. Lebensjahr gewohnt. Danach habe er in Mettlach/Saarland gewohnt und sei in Merzig zur Schule gegangen. Mit 17 1/2 Jahren sei er nach Germersheim umgezogen. Nach Abschluß der Realschule habe er bei der Fa. Kehl in Ludwighafen eine Schreinerlehre begonnen, die er nach 2 1/2 Jahren wegen einer Zerwürfnisses mit seiner Mutter abgebrochen habe.
Er sei ein uneheliches Kind und bei seiner Mutter "Chris" oder "Christel", einer Saarländerin, aufgewachsen. Zu dem Zerwürfnis sei es gekommen, als sie einen GI kennengelernt habe, mit dem sie dann in die USA gegangen sei. Er habe erst seit kurzem wieder brieflichen Kontakt zu ihr (zwei Briefe dieser "Mutter" aus den USA hat er einer Frau gezeigt). Sein Vater habe eine andere Frau geheiratet und lebe mit seiner Familie in einem kleinen Ort in Franken. Er (A.W.) habe erst mit 18 Kontakt zum Vater bekommen, das Verhältnis zu ihm, seiner Frau und des beiden Töchtern (A.W.s Halbschwestern) sei recht gut; er besuche sie ab und zu für ein paar Tage. Der Vater habe ihm auch sein Auto geschenkt (weißer Peugeot 205 Diesel, Kennz. F-E . Die von ihm als "Vater" und dessen Frau genannten Personen gibt es, und von einer der "Schwestern" hatte er ebenfalls Briefe; sie soll in Würzburg leben).
In Germersheim sei er ab und an im JuZ gewesen, habe sich aber mehr in Cliquen bewegt, an Prügeleien teilgenommen u.ä..
Nach Abbruch der Lehre habe er gejobbt, u.a. bei Daimler Benz in Stuttgart.
Bei der Bundeswehr sei er wegen eines Rückenleidens ausgemustert worden.
1989 sei er durch Vermittlung eines Onkels ("Gerd"), der für die Daimler-Benz-Niederlassung in Uganda tätig sei, für 1/2 Jahr nach Uganda gegangen. Er habe dort bei seinem Onkel, auch mal in der Botschaft und "bei Leuten" gearbeitet. Zusammen mit einer US-Touristin, die er kennengelernt habe, sei er mal verhaftet worden, als sie in der Nähe des Flughafens Entebbe fotografiert hätten. Er sei lange verhört, aber nicht hart angefaßt worden, habe die 3 Tage im Knast fast nur geschlafen und sei durch Vermittlung der Botschaft wieder freigekommen.
Der Aufenthalt in Afrika habe ihn sensibilisiert für die Probleme dieses Kontinents und das Auftreten der westlichen Regierungen dort.
Nach seiner Rückkehr habe es in Germersheim unter seinen alten Freunden niemanden gegeben, der mit seinen Erfahrungen etwas hätte anfangen können. Nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin zu Zeiten der Wende, wo es ihm aber zu unübersichtlich gewesen sei, sei er nach Ffm. gegangen. Für diese Ortswahl nannte er 3 Gründe:

1. gebe es hier mehr Möglichkeiten für eine Arbeit zu Afrika;

2. gebe es hier viele Menschen aus dem Saarland, und die kämen untereinander immer schnell in Kontakt; (er hat diesen Kontakt dann aber nicht gesucht, eher gemieden;)

3. gebe es hier bessere Arbeitsmöglichkeiten.

(Von dieser Geschichte hat er verschiedenen Leuten in verschiedenen Gesprächen jeweils Bruchstücke/Einzelheiten erzählt; z.T. waren die Daten dabei sehr ungenau bzw. er hat den Eindruck einer Aufeinanderfolge von Ereignissen vermittelt, die er in anderen Gesprächen anders dargestellt hat. So ist bei einigen der Eindruck entstanden, er habe längere Zeit in Germersheim gelebt und sei dort zur Schule gegangen. Andere datieren die Zeit seiner Lehre etwa 2 Jahre später als hier angegeben. Das ließ sich nicht mehr eindeutig rekonstruieren. In jeder Version bleibt aber ein Zeitraum zwischen seinem angeblichen Aufenthalt in Berlin Ende 89 und seinem Auftauchen in Ffm. Anfang oder Herbst 91, zu dem er niemandem gegenüber Angaben gemacht hat.)

Aktivitäten 1992

Nach dem Umzug des 3WH war A.W. weiterhin freundlich und hilfsbereit. Er erledigte viele praktische Dinge im Haus (wozu andere oft keine Lust hatten) und zeigte sich dabei umsichtig und verantwortungsvoll. Im Februar 92 wurde er als Vertreter des AK Afrika in den Vorstand des 3WH gewählt. Damit hatte er Zugang zu allen internen Vorgängen und Unterlagen des Hauses. Zum AK selbst kam er immer seltener und verließ ihn schließlich ganz.
Er nahm an den Vorbereitungen von Aktivitäten gegen die 500-Jahr-Feiern (der Entdeckung Amerikas) in der Region und zum Gegenkongreß gegen den WWG im Juli 92 in München teil, ebenso am Kongreß selbst. Dadurch kam er mit weiteren Gruppen und Einzelnen in Kontakt.
Im Frühsommer 92 fuhr er mit einigen Leuten aus dem 3WH nach Italien in Urlaub.
In der Folgezeit wurde er zunehmend aktiver. Im 3WH betrieb er aktiv die Bildung einer "Telefon-Gruppe", d.h. einer Gruppe aus dem Haus, die sich am "antifaschistischen, antirassistischen Notruf- und Info-Telefon" in Ffm. beteiligte und Schichten beim Telefon-Dienst übernahm. In den Telefon-Zusammenhängen war er sehr aktiv und nahm regelmäßig an den verschiedenen Treffen teil.
Etwa im Sommer 92 ging er auch zur Stadtteilgruppe Rödelheim, die aber sehr klein war und wenig machte.
Ende August/Anfang Sept. 92 fuhr er nach seinen Angaben mit der Familie seines Vaters an die südfranzösische Atlantikküste in Urlaub. Einige Leute in Ffm. erhielten von dort Ansichtskarten von ihm.
Vom 7. - 18.12.92 nahm er in Málaga/Spanien an einem Spanisch-Kurs der "Academia Málaga Plus/Costa del Sol" teil, den er über die Münchner Vertretung dieses Unternehmens gebucht hatte. Zu An- und Abreise benutzte er das Flugzeug.
Ab Herbst 92 wurde er Handverteiler von "clash", anfangs von nur einigen Exemplaren, bis Sommer 93 verteilte er regelmäßig zwei englische und 10 deutsche Ausgaben.

Arbeit

In Ffm. arbeitete A.W. zunächst in einem "2-Mann-Betrieb" bei Renovierungs- und handwerklichen Aufträgen. Z..T. führte er auch selbständig Aufträge aus, und einigen Bekannten half er bei Boden- und Möbelarbeiten. Am 1.1.93 trat er im "Eine Welt-Laden" im Ffm. eine halbe Stelle als Verkäufer an, die er mit Unterstützung des 3WH bekommen hatte. Seine Arbeit dort machte er so gut, daß er rasch Einfluß auf die Besetzung der nächsten freien Stelle nehmen konnte: Anfang März verschaffte er sie einem gerade aus dem Knast entlassenen Genossen aus dem Widerstand. Er selbst behielt seine Stelle bis zu seiner Enttarnung.

Umzug und neue Aktivitäten

Ende 92 erzählte A.W. einigen Leuten von Schwierigkeiten mit seinem Vermieter. Zunächst gab er sich kämpferisch, wurde aber im Verlauf der Auseinandersetzung eher unsicher. Im Feb. 93 berichtete er von einer Kündigung. Anfang April zog er nach Bornheim, Heidestr. 74, in ein kleines Dachgeschoß-Zimmer; er sagte, er habe es über eine Anzeige in der FR gefunden.
April/Mai 93 wurde die antifaschistische antirassistische Stadtteilgruppe Bornheim/Nordend gegründet. A.W. trat in sie ein, nachdem er von einer Frau daraufhin angesprochen worden war. Er beteiligte sich an folgenden Aktionen der Gruppe:

- Mobilisierung zum "Tag X" in Bonn (Plakate, Parolen sprühen)

- Demo am "Tag X" in Bonn
- andere Plakataktionen

- Demo in Wiesbaden nach der Hinrichtung von Wolfgang Grams; er hatte auch am Transparent der Gruppe mitgearbeitet

Ferner beteiligte er sich an einer AG, die Selbstverständnis und Ziele der Stadtteilgruppe diskutierte und aufschrieb. Er versuchte auch, Überlegungen aus Wuppertal zum Wahljahr 94, über die die Interim berichtet hatte, in der Gruppe zu diskutieren.
Im 3WH hatte er Anfang 93 eine heftige politische Auseinandersetzung mit einem anderen Mitglied des Hauses, in der sein technisches Verhältnis zum politischen Widerstand kritisiert wurde. Daraufhin beklagte er sich bei Leuten aus dem Haus und vom Telefon über die Strukturen des Hauses, wobei er an schon bestehende Kritik anknüpfte. Im Feb. 93 wurde er erneut in den Hausvorstand gewählt, arbeitete im Haus aber praktisch nicht mehr mit und verließ es im Sommer 93 ganz.
Beim Info-Telefon trat er zunächst weiter als Vertreter des Hauses auf. Danach übernahm er zusammen mit GenossInnen aus der (ehemaligen, seit August 93 nicht mehr bestehenden) "Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen" einige Schichten. Mit einigen ehemaligen Gefangenen aus RAF und Widerstand aus dieser Schicht hielt er engeren Kontakt. Er fuhr mit ihnen in Urlaub, führte v.a. mit einer Genossin öfter politische Diskussionen und begleitete sie mehrmals zu pol. Treffen in anderen Städten, zuletzt vom 16. - 18.11.93 nach Berlin.
Dabei knüpfte er auch Kontakte zu Leuten aus anderen Städten. Darüber wissen wir bisher nur wenig.
In der ersten Augusthälfte 93 fuhr er nach seinen Angaben mit seinem Vater und dessen Frau für 2 1/2 Wochen nach Ungarn in Urlaub. Einige Leute aus Ffm. erhielten von dort Ansichtskarten von ihm.

Enttarnung

Den Menschen, mit denen er zu tun hatte, sagte A.W. im Dez. 93, er werde über Weihnachten zur Familie seines Vaters fahren. Am Montag, den 27.12. wollte er zurück sein. An diesem Tag sollte er auch wieder arbeiten.
Dazu, wie seine Enttarnung verlief, zitieren wir hier aus der eidesstattlichen Erklärung einer Frau aus der Stadtteilgruppe:

"Am frühen Abend des 25.12.1993 fuhr ich mit meinem Vater in einen Ort in der Nähe von Koblenz, um dort von einem Arbeitskollegen meines Vaters einen Wagen zu leihen. Der Arbeitskollege lud uns in seine Wohnung ein, wo "Andreas Walther" am Wohnzimmertisch saß.
"Andreas Walther" ist mir aus der antifaschistischen antirassistischen Stadtteilgruppe Nordend/Bornheim in Frankfurt/Main seit Frühjahr 1993 bekannt. ....
Nach einem kurzen Gespräch verließen wir die Wohnung wieder. Am Auto fragte mein Vater seinen Arbeitskollegen sinngemäß: "Ist das Dein im Untergrund tätiger Bruder?", woraufhin dieser abwinkte und vom Auto sprach.
Wieder im Haus meiner Eltern angekommen, fragte mein Vater, woher ich "Andreas Walther" kennen würde und was ich politisch mit ihm zu tun habe. Danach sagte er mir, daß sein Arbeitskollege einen Bruder habe, der beim Bundesgrenzschutz war und seit mindestens 4 Jahren als verdeckter Ermittler arbeitet. Der Arbeitskollege meines Vaters hatte ihm erzählt, daß sein Bruder als verdeckter Ermittler mit neuer Identität arbeite und er nicht wisse, wo er eingesetzt sei.
Am 27.12.1993 rief mein Vater mich in Frankfurt/Main an und sagte mir, daß sein Arbeitskollege ihn angerufen habe, um zu erfragen, was ich mit "Andreas Walther" zu tun habe. Der Arbeitskollege erzählte weiter, daß "Andreas Walther" nach unserer Abfahrt sehr nervös geworden sei und ca. 30 Minuten später auch weggefahren sei, ohne zu sagen wohin.
Am 30. oder 31.12.1993 haben meine Eltern den Arbeitskollegen noch einmal zufällig

getroffen, wobei ihnen versichert wurde, daß "Andreas Walther" nicht auf mich angesetzt war. ....."

Nach diesem Vorfall tauchte A.W. an seinem Arbeitsplatz nicht mehr auf. Auch seine Nachbarn in der Heidestr. 74 sahen ihn nicht mehr. Einige Fakten sprechen dafür, daß er oder Andere Dienstag Nacht oder Mittwoch (29.12.) in seinem Zimmer waren und die wichtigsten Dinge mitgenommen haben.

Mißtrauen und Verdachtsmomente. Die Recherchegruppe

Die Enttarnung von A.W. zu diesem Zeitpunkt kam für alle, die ihn kannten, überraschend, für einige aber nicht unerwartet. Denn fast während seiner gesamten Zeit in Ffm. gab es ihm gegenüber immer wieder Mißtrauen und den Verdacht, daß er ein Spitzel sein könne. In fast allen Zusammenhängen, in denen er sich bewegte, gab es Einzelne, die ihn "komisch" fanden; die Anlässe dafür waren recht unterschiedlich und meist wenig konkret: weil er "komische Fragen" stelle; Parallelen in seiner Geschichte zu der von anderen aufgeflogenen Spitzeln; seine Aufdringlichkeit/"Kleben" an Leuten bei Dingen, die ihn nichts angingen; fehlendes Gefühl zu linker Politik/Widerstand, Nicht-Nachvollziehbarkeit seiner Politisierung. Es gab auch konkrete Momente: nach einem Überfall auf einen türkischen Verein blieb er bis in die Nacht bei einer anderen ihm fremden Telefonschicht, um Faxe zu senden, was als unangemessen und aufdringlich empfunden wurde. Und von zumindest einer Frau, die sich wegen Informationen ans Telefon gewandt hatte, ließ er sich die Adresse geben und fuhr zu ihr, um mit ihr zu reden.
Die meisten derer, die mißtrauisch geworden waren, behielten das zunächst für sich oder sprachen nur mit engen Vertrauten darüber. Erst als im Nov. 92 ein Genosse aus dem 3WH von mehreren Seiten von dem Mißtrauen A.W. gegenüber erfuhr, bildete sich der Kern einer Recherche-Gruppe, die eine verbindliche Untersuchung der Person und des Werdegangs von A.W. begann mit dem Ziel, den Verdacht gegen ihn auszuräumen oder zu bestätigen. Später wurden noch einige GenossInnen aus anderen Zusammenhängen in diese Arbeit einbezogen.
Über das Zusammentragen des vorhandenen Materials hinaus wurde die Recherchegruppe auch selbst aktiv, um einer Klärung näherzukommen. Dabei verdichtete sich das Mißtrauen zu einem konkreten Verdacht, der der Gruppe aber nicht ausreichend schien, um A.W. damit direkt zu konfrontieren. Etwa bis Mitte 93 hatte die Gruppe A.W. recht gut "im Auge behalten"; das heißt in diesem Zusammenhang, daß neben der Recherchetätig-keit die Gruppe darauf achtete, in welchen Zusammenhängen A.W. arbeitete und sich bewegte und dafür sorgte, daß jeweils mindestens eine Person aus diesem Zusammenhang über Mißtrauen bzw. Verdacht informiert war.
Die Gruppe hatte für ihre Arbeit zwei Leitlinien: Daß A.W., sollte er tatsächlich Spitzel sein, möglichst wenig Schaden anrichten würde; und daß er, sollte er keiner sein, durch die Untersuchung möglichst wenig Schaden nehmen sollte. Das bedeutete, den Kreis derer, die über den Verdacht informiert waren, sehr eng zu halten, um kein Geschwätz/Gerüchte entstehen zu lassen.
Über die Vielzahl seiner Kontakte wurde es aber zusehends schwieriger, diese "Gratwanderung" weiterzuführen, und die Gruppe befand sich in einer gründlichen Diskussion darüber, wie sie ihre Arbeit fortsetzen solle, als A.W. - auch für sie überraschend - aufflog. Aufgrund ihrer Vorarbeit war sie aber in der Lage, schnell zu handeln und zusammen mit Leuten aus den anderen Gruppen die notwendigen nächsten Schritte zu tun.

Was wurde seither gemacht?

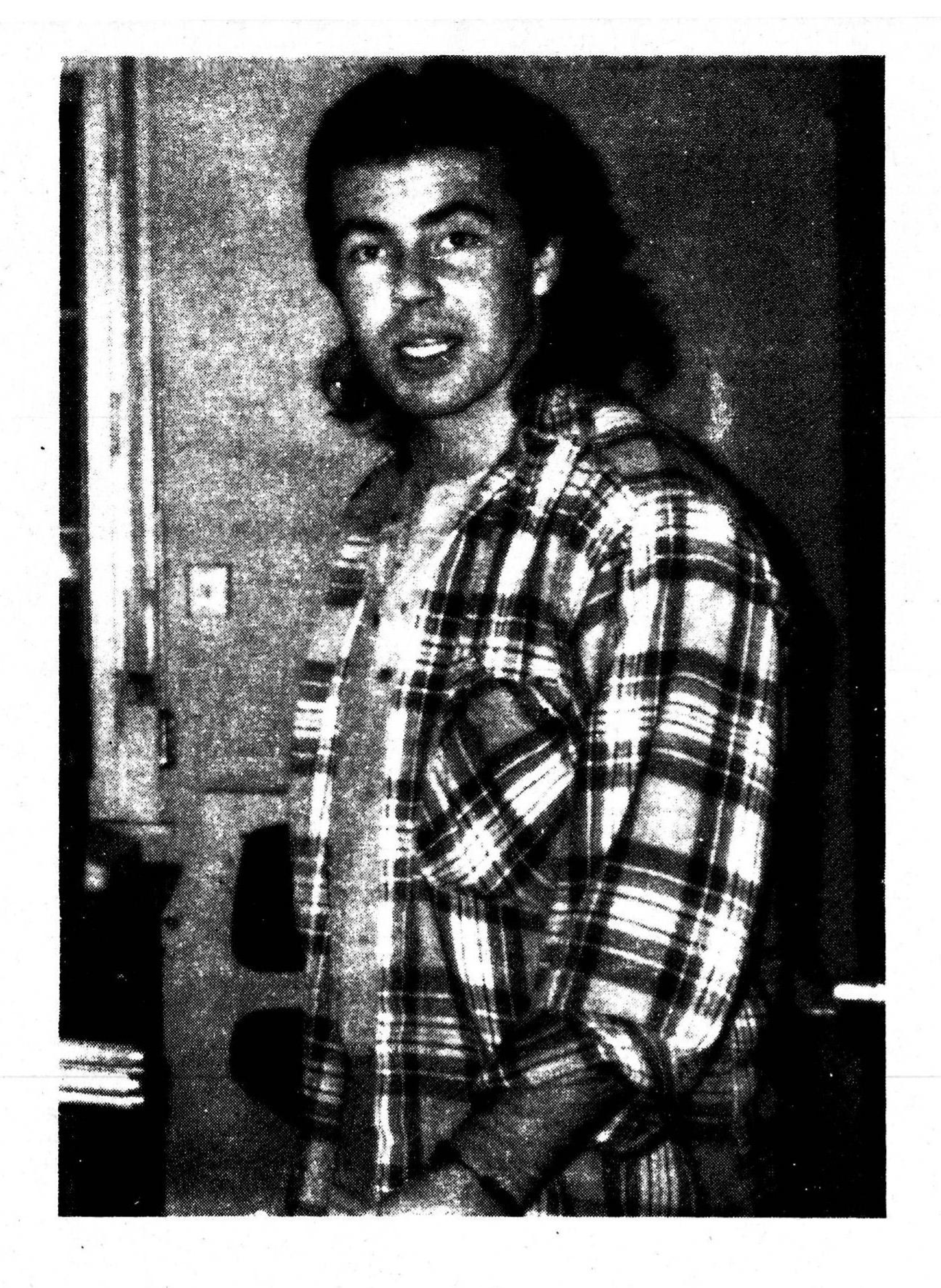
- Alle Gruppen und Einzelnen, mit denen A.W. zu tun hatte, wurden so schnell wie möglich informiert.
- Das Flugblatt "Erste Kurzinformation" mit einem Foto von A.W. wurde wenige Tage nach der Enttarnung bundesweit verbreitet.
- Am 5.1.94 fand ein Plenum von allen statt, die von der Spitzeltätigkeit betroffen waren. Die Recherchegruppe stellte den Werdegang und die Enttarnung von A.W. in Ffm. dar und berichtete über ihre Arbeit und ihre Kriterien und Prinzipien dabei. Es gab eine weitgehend solidarische Diskussion darüber; es wurde die Einsetzung eines Ermittlungsausschusses aus VertreterInnen aller betroffenen Gruppen beschlossen.
- Am 11.1. gaben die betroffenen Gruppen eine gemeinsame Pressekonferenz, auf der sie nach einer Darstellung des Sachverhalts ihre Forderungen vortrugen:

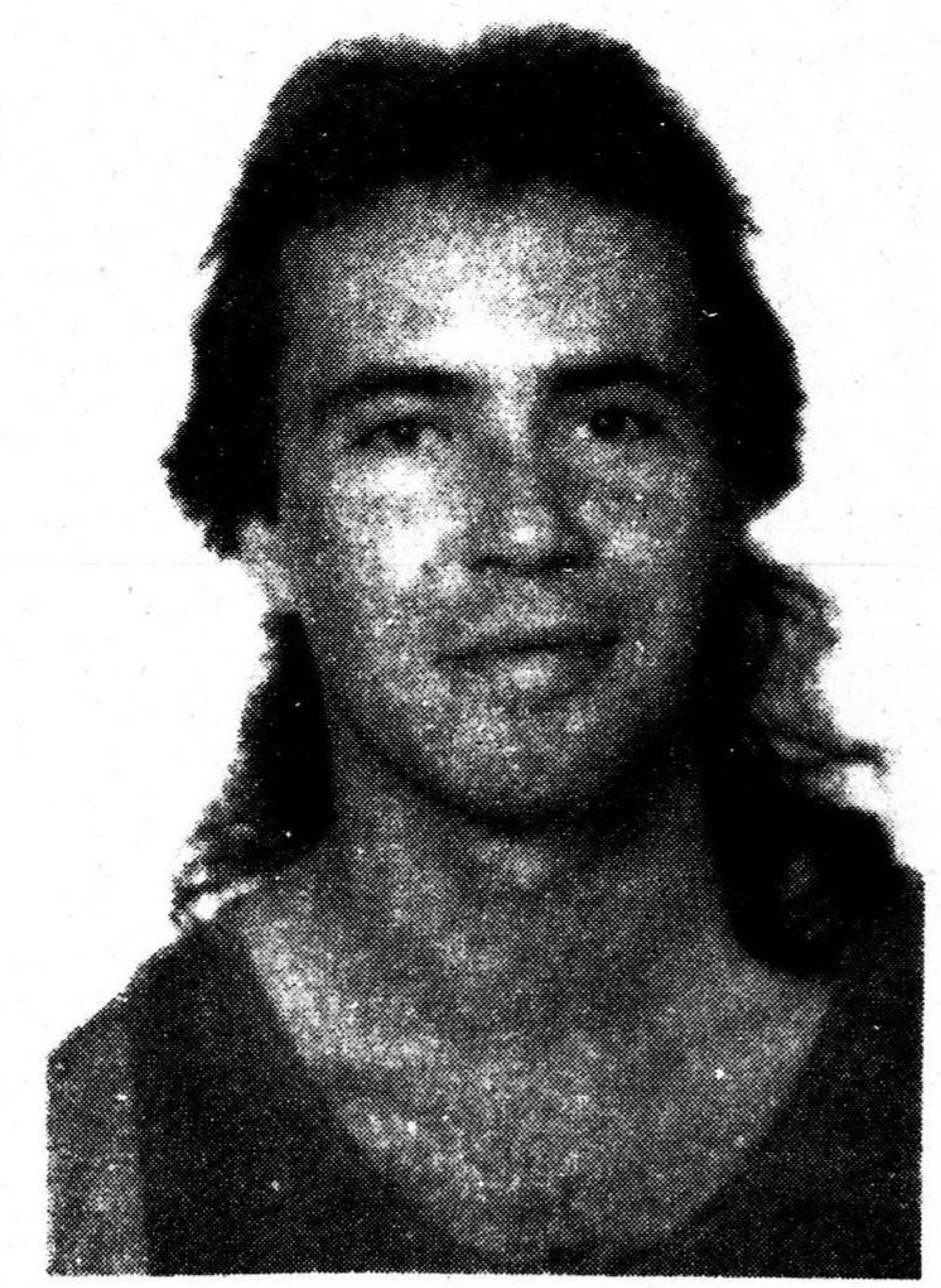
- **Einsicht in die Ermittlungsberichte von A.W.**
- **Offenlegung und Löschung aller von ihm gesammelten Daten und Informationen**
- **Offenlegung seiner Dienststelle und seines Ermittlungsauftrages**
- **Schluß mit dem Einsatz von Polizeiagenten und Verfassungsschützern in unseren Zusammenhängen**

Das Presseecho blieb sehr mäßig: Außer einem Bericht im aktuellen Teil von HR I (Hörfunk) gab es nur noch einen von Fehlern strotzenden kurzen Bericht in der FR. Ein geplantes TV-Interview von HR 3 wurde kurzfristig wieder abgesagt.
- Das 3WH erstattete Strafanzeige gegen A.W. und andere, bisher noch unbekannte Amtsträger wegen unerlaubter Datenerhebung.
- Information des hessischen Datenschutzbeauftragten mit der Aufforderung, der Sache nachzugehen. Dieser hat inzwischen auch erste Schritte unternommen.
- Information des Datenschutzbeauftragten des Bundes. Dieser lehnte ab, tätig zu werden, weil Datenschutz nur für natürliche Personen (also keinen Verein wie das 3WH) gelte.
- Offener Brief des 3WH an den Frankfurter Oberbürgermeister von Schoeler mit der Aufforderung, öffentlich gegen die Bespitzelung des 3WH Stellung zu nehmen. Bisher gab es keine Reaktion darauf.

Erste Einschätzung

Bisher ist nicht klar, für welche Behörde A.W. (dessen richtiger Name höchstwahrscheinlich **Andreas Lörscher** ist) gearbeitet hat. Es gibt aber Hinweise darauf, daß es ein Verfassungsschutzamt ist. Sein Einsatz als Spitzel war so angelegt und geplant, daß er mit Sicherheit sehr viel länger hätte dauern sollen; möglicherweise war auch sein Umzug in eine andere Stadt geplant. Das legt die Vermutung nahe, daß er längerfristig an verdeckte und illegale Strukturen herangeführt werden sollte. Dafür spricht auch, daß seine Legende sehr gut abgesichert war.
Gemessen daran ist er noch nicht sehr weit gekommen. Für uns kann das aber kein Kriterium sein, denn er hat seine Zeit hier "gut genutzt", Linke und Szenestrukturen kennenzulernen!
Tatsache ist, **daß** es ihm gelungen ist, sich über 2 Jahre in unseren Zusammenhängen zu bewegen und dabei nicht nur politisch nicht so aufzufallen, daß das sein Weiterkommen blockiert hätte, sondern auch Demk- und Diskussionsstrukturen auszuforschen.
Wir sind noch dabei, Informationen über ihn und seine Arbeitsweise zusammenzutragen, um zu einer genaueren Einschätzung zu kommen. Was wir aber jetzt schon sagen können ist: Er ging dabei so vor, daß er jeweils die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder auch die Bekanntschaft mit Leuten nutzte, um ohne genauer hinterfragt zu werden in die nächste Gruppe zu kommen bzw. neue Leute kennenzulernen. Er profilierte sich dabei meist sehr







SPITZEL

ANDREAS WALTHER





viel weniger durch inhaltliche Aussagen, Positionen, eine eigene Meinung, sondern zum einen durch Zuverlässigkeit, Pünktlickeit, Hilfsbereitschaft und handwerkliche Fähigkeiten, zum anderen durch Kritik, Abgrenzung und Aufgreifen bestehender Widersprüche, die sich fast ausschließlich an Strukturen festmachte. So trat er z.B. in der Telefongruppe mit einer massiven Kritik an den "verkrusteten Strukturen" im 3WH auf und fand dafür auch offene Ohren, trat aber gleichzeitig als Vertreter des 3WH auf.
Natürlich hat er bei all dem von der momentan sehr schwierigen Situation innerhalb der Linken profitiert.
Auffällig ist, daß er engere Beziehungen, d.h. genauere Auseinandersetzungen sowohl auf der menschlichen wie auf der politischen Ebene, praktisch nur zu Frauen suchte. Dabei erweckte er meistens den Eindruck, offen zu sein für jede Art von Beziehung.

Soweit fürs Erste.

Wer etwas mitteilen kann, was zur weiteren Aufklärung der Person, der Geschichte, der Tätigkeit von "Andreas Walther" beiträgt, möge sich bitte melden bei:

Ermittlungsausschuß c/o 3. Welt-Haus
Westerbachstr. 40
60489 Frankfurt/Main

Tel.: 069/7894846 Fax: 069/704146

Anm.: Aus der Satzung des Dritte Welt Haus e.V., Frankfurt a.M.

§ 2 Zweck des Vereins

Der Verein fördert die Arbeit von Einzelpersonen, Gruppen und juristischen Personen, die sich mit den Themen nationale und internationale Gerechtigkeit, Entwicklungsprobleme der Dritten Welt, Menschenrechte, Abrüstung sowie Schutz der natürlichen Lebensbedingungen des Menschen widmen. Dies geschieht durch

1. Öffentlichkeitsarbeit

2. Erwerben und Betreiben eines Zentrums (eines Hauses oder geeigneter Räumlichkeiten) als Forum engerer Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den in Frankfurt tätigen Einzelpersonen, Gruppen und juristischen Personen, die den Vereinszweck unterstützen, einerseits sowie zwischen ihnen und der Bevölkerung, insbesondere aus dem umliegenden Stadtteil, andererseits.

3. Durchführung von Bildungsveranstaltungen inner- und außerhalb des Hauses, die sich an interessierte Gruppen oder Einzelpersonen richten.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51ff der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

2. Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwandt werden.

Berlin, 6.2.94

Zur mutmaßlichen MEK-Ermittlerin Christine Schindke

Christine Schindke, die verdächtigt wird eine verdeckte Ermittlerin des MEKs zu sein (Foto und genauere Personenbeschreibung siehe INTERIM Nr. 272 vom 3.2.94) wie wir erst seit Donnerstag wissen, hat auch beim SOS-Infotelefon mitgearbeitet.

Wir stellen deshalb vorläufig unseren Telefondienst ein.

Auf dem Anrufbeantworter werdet ihr Aktuelles hören. Sobald wir eine genaue Schadensabschätzung haben bekommt ihr (falls ihr betroffen seid) die Euch betreffenden Informationen.
Die Analyse, wie und warum es dazu gekommen ist, bleiben wir Euch nicht schuldig.

Meldet Euch beim EA, wenn ihr C.Schindke kennt oder etwas mit ihr zu tun hattet.

das Infotelefon

Auf dem Holzweg ins 21. Jahrhundert
"Risse" autonomer Politik

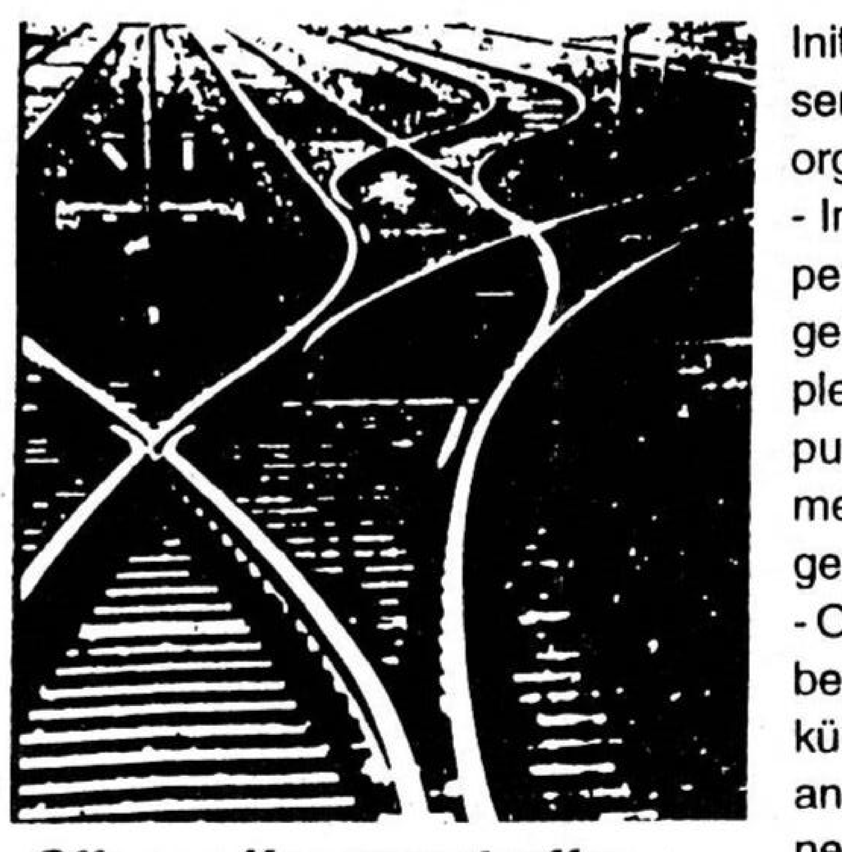
So, oder so ähnlich müßte das Motto eines autonomen Kongresses lauten, der im Herbst diesen Jahres in Berlin stattfinden soll, aber vielleicht läßt sich bis dahin einiges kitten und kippen.
Es ist natürlich symptomatisch,daß von uns bisher nichts zu der Idee eines Kongresses gekommen ist, obwohl schon Monate diskutiert wird. Die Idee eines linken Kongresses geistert ja schon seit Jahren, zumindestens bei einigen im Osten, herum. Ein Kongreß, oder wie auch immer so etwas genannt wird, ist wichtig und notwendig, da es aber einen enormen inhaltlichen wie auch organisatorischen Aufwand bedeutet, bedarf es einer gründlichen Vorbereitung. Zu peinlich wäre eine autonome Nabelschau. Das veröffentlichte Kongreßpapier "GrundRisse autonomer Politik" schränkt die Thematik und somit den Personenkreis radikal ein und schließt damit einen "Erfolg" des Kongresses von vorn herein aus. Die Kongreßidee wird von vielen Leuten aus Ostberlin bis dato negiert.
Die VerfasserInnen des Kongreßpapieres müßten erklären, was sie unter dem 24mal im Text auftretendem "autonom..." 1994 noch verstehen.
"Patriachat;triple-oppression;Toyotismus;Stalinismus-Kritik;Veganismus;...Umstrukturierung; gesellschaftliches Rollback gegen Frauen; Antirassismus; Verkehrspolitik; Antifa;..." - werden im Kongreßpapier als autonome Theorie und Politikfelder bezeichnet. Soll das bedeuten, daß die "Autonomen" diese Politikfelder dominant besetzen?
Ab 1990 begann eine teilweise selbstkritische Diskussion innerhalb der "Autonomen Gruppen" über die Politik der letzten zehn Jahre. Es gab 1990/91 , zumindest in Berlin, Auseinandersetzungen und Zusammenarbeit zwischen Menschen in Ost- und Westberlin, wobei auch seit der Besetzung vieler Häuser in Ostberlin durch Westler, dieselben eine teilweise erstaunliche Entwicklung vollzogen . Es wurden Politikfelder neu diskutiert, die vom Westen aus klar und unumstößlich galten.
Die Bezeichnung (und der damit verbundene Mythos) "Autonome" muß spätestens seit 1990 der Vergangenheit angehören. Es war für einen bestimmten Geschichtsabschnitt in Westdeutschland wichtig und vielleicht? auch richtig, aber so wie es nie wieder sinnvoll sein wird die KPD aufzubauen, ist auch die autonome Geschichte zu Ende. Das Dilemma von 1989/90 durch die gleichen Fehler wieder zu beheben ist doch absurd. 1994 ist eben nicht 1984, daß heißt nicht, daß es keinen Widerstand mehr gibt. Dieser Widerstand sieht aber anders aus und heißt auch nicht mehr "autonom", auch wenn glücklicherweise noch einige der "Alten" dabei sind.
Es erscheint wichtiger, Widerstand gegen den rassistischen Konsenz in der Gesellschaft zu entwickeln und internationale Gemeinsamkeiten des kulturellen Angriffs auf den Staat zu verknüpfen als Symposien über "Autonome Sexualität, Lebensweise . " abzuhalten.

" Marginal sein, heißt heute zum einen egal sein, immer häufiger aber auch für den Rest-Konsens als bedrohlich eingestuft zu werden. Dagegen bewaffnen sich die verängstigten Spießer jeder auf seiner Art: mit Bestie-Mensch - Ideologien, Krypto-Rassismen oder Aufrufen zur Kürzungen von Sozialausgaben oder mit dem Baseballschläger. In der Lage ist es sträflich, irgendeine andere Perspektive einzunehmen, als die Interessen der Marginalisierten zu vertreten, zumal sie sich von den eigenen so sehr auch nicht unterscheiden. Da werden wir noch so manches Abenteuer durchzustehen haben. Der Politikbezug von Gegenkulturen muß unter diesen Bedingungen einige Spagats leisten: von einem dringend erforderlichen Pragmatismus zur Beibehaltung von Maximalforderungen, von einer Präsenz im Diskurs zur klandestinen Militanz. Man darf sich von der Illusionslosigkeit nicht den Verzicht auf alle Forderungen an sich und die Welt diktieren lassen, aber ebensowenig, vor lauter linksradikaler Gedankennot, handlungsunfähig werden..."(D.D.)

Ist es überhaupt noch möglich Verknüpfungspunkte zwischen Kritischen Gewerkschaftlern, Antifas und Schwarzen House-DJ zustande zubringen und ist dies notwendig? Was hat Schwarzer Widerstand in den USA mit Hip-Hop in Berlin zu tun? Was die "Neue Wache" mit Bosnien und wir mit Bischofferode...
Ein Kongreß, der versucht die verschiedensten Entwicklungen von Widerstand, Gegenkultur und Marginalisierung, e.t.c. zum Thema zu machen und darüber hinaus geht, ist es wert unterstützt zu werden, nur müßte die Zielsetzung bald klar sein. Ein Kongreßansatz wie im "GrundRisse"- Papier erfüllt das in keinster Weise.

käthe kollwitz

Autonome auf dem Weg ins 21. Jahrhundert "GrundRisse" autonomer Politik



Offenes Kongresstreffen

Am 1., 2. und 3. Oktober dieses Jahres soll in Berlin ein Kongress stattfinden, auf dem es um unsere Erfahrungen aus allen Bereichen autonomer Praxis und Theorie gehen soll. In der vorletzten Interim (Nr.271) haben wir die Idee in groben Umrissen vorgestellt.
Für die Vorbereitung des Kongresses brauchen wir, der bisherige Initiativkreis, gerade hier in Berlin massenhaft Mitarbeit, sowohl inhaltlich wie organisatorisch.
- Inhaltlich steht an, Leute oder Gruppen zur Beteiligung anzuregen, die angebotenen Beiträge zu Themenkomplexen zu strukturieren bzw. Schwerpunkte festzulegen, Leute zusammenzubringen, die an ähnlichen Fragen arbeiten, usw.
- Organisatorisch haben wir die Aufgabe vor uns, Räume, Essen und Unterkünfte zu besorgen, begleitende Veranstaltungen und Medienarbeit zu planen, usw. Schon in der nächsten Zeit wird eine Menge Organisationsarbeit anfallen, wir brauchen Räume und Geld dafür.

Nicht nur aus diesem Grund wollen wir die Struktur unseres bisherigen Kreises öffnen, mit dem Ziel, daß der Kongress auch politisch breit getragen wird. Da der jetzige Kreis nur einen kleinen Ausschnitt des Berliner autonomen Spektrums widerspiegelt, würden wir es begrüßen, wenn auch andere Zusammenhänge sich entschließen könnten, mit dabei zu sein. Dazu sollen **am Dienstag, dem 15.2.** und 14 Tage später **am 1.3. jeweils um 20 Uhr im Blauen Salon des Mehringhofes, Gneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg ein Treffen für alle** stattfinden, die die Kongressidee gut finden und sich an der Vorbereitung beteiligen wollen. Wir laden auch alle ein, die ein Thema auf dem Kongress einbringen möchten. Die weitere Arbeit zum Kongress soll anschließend aus diesem Kreis getragen werden.
Wir wollen möglichst bald nach den beiden Treffen zu verbindlichen Vorbereitungsstrukturen kommen. Deshalb wäre es nicht schlecht, wenn ihr euch schon vorher überlegen würdet, welche und wieviel Arbeit ihr eventuell übernehmen könnt.

Bis dann, die Kongress-Initiative

P.S.: Bitte weitersagen!

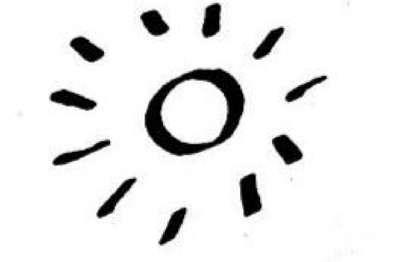


Zu den Auseinandersetzungen um die Einladung von Wiglaf Droste und Co. ins SO 36!

Reden wir nicht über Droste, Schlingensief und ähnliche Zeitgeistsurfer, für die Faschismus, Patriarchat, Rassismus nur Stoff für ihre geldbringenden Zynismen sind.
Reden wir davon, warum ausgerechnet das SO 36 solchen Figuren Raum geben wollte und damit dem staatlich subventionierten Zentrum zur geistigen Regeneration Ex-Linker, der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Konkurrenz machen will.
Reden wir davon, warum in Kreisen ehemaliger Freiraum-Autonomer, zudenen die BetreiberInnen desSO 36 ja mehrheitlich gehör(t)en, immer mehr Zynismus und bei den Männern schenkelklopfende Zustimmung zu sexistischen und rassistischen "Stilbrüchen" a la Droste Raum gewinnen.
Warum werden ins SO 36 nicht Menschen eingeladen, die wirklich etwas zur spannenden Diskussion um `Beruf Neonazi` zu sagen haben, z.B. jüdische Menschen, ehemalige KZ-Häftlinge, MigrantInnen? Menschen also, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit in der Regel totgeschwiegen werden, und höchstens als bedrohte oder todgeschlagene `Opfer` von Deutschmännerhorden das Mitleid der kerzenhaltenden Volksgemeinschaft erhalten. Was legitimiert denn Droste und Schlingensief zur Kommentierung von `Beruf Neonazi`?
Vielleicht die Tatsache, daß Droste aus der TAZ gefeuert wurde, weil er ausgerechnet am 8 März eine Pornoseite gestaltete?
Schlingensief und Droste,denen noch die Barbareien des imperialistischen Alltags zur Ware werden und die nicht nur in Kreuzberg sondern auf dem Juigendsender `Fritz` im `Freitag`und im `ND` ihr Forum haben, sind ein Symptom vom Wandel autonomen Bewußtseins oder Erahnens der Existenz rassistischer, patriarchaler und kapitalistischer Gewalt zum kleinbürgerlichen Voyeurismus, der alles konsumiert und kommentiert aber nichts mehr verändert.

Brechen wir mit diesen Strukturen! !

autonome Kommunisten für Sozialismus statt Barbarei, c/o Kopierladen `M99`, Manteuffelstr. 99, 10997 Berlin





Zur Diskussion am Samstagabend im SO 36:

Die Haltung der Veranstaltungsgruppe war uns aus mehreren Gründen **kritikwürdig.**
Zum einen, war auf der Veranstaltungsankündigung der Zusatz enthalten, daß sich eine Diskussion ja wohl erübrige und deshalb auch nicht vorgesehen war. Ein unerklärliches Vorhaben, wenn es doch angeblich um eine Auseinandersetzung mit dem Film `Beruf Neonazi` gehen sollte. Da wäre es doch ehrlicher gewesen einzugestehen, mensch wollte einen Publikumsmagneten engagieren, der der Volksbühne Konkurrenz machen sollte. **Es ist auch wenig glaubwürdig,** wenn die Veranstaltungsgruppe äußerte, Droste vorher nicht gekannt zu haben. Schließlich sorgte er in seiner kurzen Laufbahn als TAZ-Journalist immer wieder für Ärger in der Szene mit seinen provokanten Thesen, von den prüden, verklemmten Autonomen (so in seinen mit Till Meyer zusammen verfaßten Artikel `Zwille, sein Milieu`). Sein Rausschmiß bei der TAZ wegen der Pornoseite am 8. März, sorgte wochenlang für Schlagzeilen. War es nicht gerade, seine `Umstrittenheit, die ihn als Publikumsmagnet auch für die VeranstalterInnen interessant machte.
Welche Gründe sollte es sonst geben, ihn zur Kommentierung des Filmes einzuladen?
Seine inhaltliche `Qualifikation` hat er ja bei der besagten Blue-Moon-Sendung (Mißbrauch des Mißbrauchs) unter Beweis gestellt.
Er leitete die Sendung mit einem von ihm verfaßten `Essay` ein, in dem alle patriarchalen Klischees über `Emanzen`, verklemmte `Feministinnen` etc. vereinigt waren. Droste ließ von Anfang keinen Zweifel, daß die Sendung ein Tribunal gegen `Wildwasser`, Kind im Zentrum`, Feministinnen, werden wird. Allerdings war seine inhatliche Vorbereitung so mangelhaft, daß es ihm selbst nach 3 Anläufen nicht gelang, eine Frage zu formulieren, auf die sein Studiogast, eine Tip-Journalistin, die die `Mißbrauch des Mißbrauchs`-Kampagne inhaltich unterstützte, die gewünschte Anwort geben konnte. Eine ähnliche inhaltliche Dürftigkeit, die mit rethorischen Seitenhieben gegen moraliserende Linke nur notdüftig kaschiert wird, wäre auch am Samstag im SO 36 zu erwarten gewesen. Also eine Amüsement für zynische Alt-Linke Titanic-LeserInnen wäre dabei herausgekommen, aber keine inhaltiche Auseinandersetzung um `Beruf Neonazi`. So wie es dann in der Volksbühne am Sonntagabend geschah, wo Droste und Schlingensief unter reichlich `Schutz` von Zivilpolizei ihre Veranstaltung durchführten.
Schlingensief, der erst letzten Herbst durch seinen umstrittenen Film `Terror 2000` (auch schon vergessen von der Veranstaltungsgruppe?) Schlagzeilen machte, gab zufällig am Montag, den 7.2. in einem TAZ-Interview seine `Qualifikation` als Kommentator in Sachen Antifaschismus zum Besten, wo er ganz im Zeitgeiststil vor der dem hysterischen Antifaschismus warnte, was er ausgerechnet am Beispiel des behinderten Mädchens aus Halle festmachte, die sich eine Hakenkreuztätowierung selbst beigebracht haben soll.
Für eine weiterführende Diskussion sollten wir fragen, ob in Teilen auch der autonomen Linken eine Sympathie für Zynismen a la Droste und Schlingensief zunimmt und woran das liegt.

Zu unserer Motivation in die Debatte einzugreifen:
Als kommunistische Männer, die im Laufe einer längeren Auseinandersetzung den Kampf gegen das Patriarchat als ebenso wichtig wie den Kampf gegen den Kapitalismus und den Rassismus begriffen haben, haben wir ein Interesse daran, den zunehmenden Rollback patriarchaler, antisemitischer Strukturen etwas entgegenzusetzen. Denn eines haben wir aus dem Scheitern vieler bisheriger linker Ansätze kapiert:
Diese Strukturen bringen uns im Kampf um Befreiung keinen Millimeter voran aber mit Riesenschritten zur Anpassung an den imperialistischen Normalzustand, d.h. für uns dem Zusammenwirken kapitalistischer, patriarchaler, rassistischer Unterdrückung.

Beim Abstieg
hatten wir Angst.

Presseerklärung von Stephan Waldberg

Bis zu meiner Verhaftung am 23. Oktober 1992 habe ich seit 1989/1990 als freier Mitarbeiter bei Radio Dreyeckland Freiburg, in der Internationalismus-Redaktion und der Waldkircher Lokalredaktion gearbeitet und arbeite dort auch weiterhin. Bei meiner damaligen vierten Reise im Septmber/Oktober 1992 in die Türkei und Kurdistan war ich, wie auch bereits zuvor, mit Rechercheaufgaben zu folgenden Themen betraut: allgemeine, soziale und politische Situation in Kurdistan, Aufbau einer Krankenstation in Cizre, Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Bevölkerung, Wiederaufbau zerstörter kurdischer Dörfer im Nordirak. Diese Dörfer waren kurz vor meinem Aufenthalt im Oktober 1991 in der Region nahe der Stadt Zakho durch Bombardierungen der türkischen Luftwaffe zerstört worden. Bei diesen Bombardierungen war u.a. auch Napalm eingesetzt worden. Ich bin in die Türkei am 18.9.92 über Ankara nach Diyarbakir per Flugzeug eingereist. Vom 18.9. bis zum 29.9. habe ich mich in den Städten Viransehir, Nusaybin, Cizre und Sirnak aufgehalten. Zeitweise war ich mit einer Begleiterin unterwegs. Ich habe u.a. Freunde besucht sowie Interviews über die alltägliche Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung durchgeführt.

Am 29.9. bin ich in den Nordirak bei dem Grenzübergang Habur eingereist. Ich bin in das Dorf Banik nahe Zakho gefahren und habe mich mit Leuten getroffen, die ich vor einem Jahr kennengelernt hatte. Dort bekam ich Kontakt zu Personen, die sich als PKK-Mitglieder vorstellten. Es wurde mir angeboten, mich in Lager des Gebietes Haftanin zu führen. Für mich war das natürliche eine interessante Sache, und ich hatte vor, drei oder vier Tage dort zu verbringen. Dort habe ich Interviews zur Situation der Frauen in den Lagern und zur Gesundheitsversorgung durchgeführt. Weiterhin habe ich Flüchtlinge, die aus der zerbombten Stadt Sirnak im August 92 geflüchtet sind und den Lagerkommandanten Hüseyin Celebi über die weitere politische Perspektive des Befreiungskampfes der PKK interviewt. Am 4. Oktober begannen die täglichen Angriffe der türkischen Luftwaffe, der Pesmergas der KDP und der PUK gegen die PKK-Lager. KDP bedeutet "Demokratische Partei Kurdistan", ihr Vorsitzender ist Barzani. PUK steht für "Patriotische Union Kurdistan", ihr Vorsitzender ist Talabani. Durch diese Angriffe wurde mir eine Rückkehr unmöglich gemacht. Ich mußte aus Sicherheitsgründen zwei mal die Camps wechseln. Während der Kämpfe fiel der PKK umfangreiches Waffenmaterial und Dokumente der KDP und PUK in die Hände. Es handelte sich dabei um G3-Gewehre, Munition mit den dazu gehörigen Munitionskisten die Aufschrift und Kennzeichnung war in deutsch sowie um Ferngläser der Firma Zeiss. Laut Informationen von PKK-Seite wurde dieses Kriegsmaterial von der Türkei an die Pesmergas geliefert. Es ist zu überprüfen, ob durch diese Lieferungen NATO-Verträge bzw. das Kriegswaffenkontrollgesetz verletzt wurden. In den Camps traf ich einige gefangene Pesmergas sowie türkische Soldaten, die vor diesen Kämpfen gefangengenommen wurden, an. Nach meinen Beobachtungen wurden diese gut behandelt. Mir wurde gesagt, daß die türkischen Soldaten dem Internationalen Roten Kreuz übergeben werden sollten. Ich erwähne das deshalb, weil ich später noch auf die Behandlung von mutmaßlichen Mitgliedern der PKK in türkischen Knästen zu sprechen kommen werde. In der zweiten Woche meines Aufenthaltes verschärfte die türkische Luftwaffe ihre Bombardierungen. In der Woche vom 12. bis 20. Oktober wurde nicht nur gegen die Lager der PKK vorgegangen, sondern auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung der Umgebung dort, gegen kurdische Bauern, deren kleine Ansiedlungen und Felder. Dabei wurden 20 mm Geschosse eingesetzt mit der Kennzeichnung "LOS ..., BCK ...", die in unmittelbarer Nähe lagen. BCK steht laut Angaben des Rüstungsinformationsbüros Baden-Württemberg für die Firma Buck in Neuenburg, 20 km südlich von Freiburg. Geschosse gleicher Bauart, mit der gleichen Beschriftung sind mir schon vor einem Jahr in dem Dorf Banik aufgefallen. Eines davon habe ich 1991 als Beleg in die BRD mitgenommen.

Ebenfalls in der letzten Woche wurde bei einem direkten Angriff auf das Lager meine Unterkunft mit einem Teil meiner Materialien zerstört. Am 21., 22. und 23. Oktober, nachdem die Kämpfe zeitweise etwas nachgelassen hatten, wurde ich in Begleitung dreier Gürillas aus den Camps geführt. Zweimal wurde auf diesem Weg mit Maschinengewehren und Raketen von einem KDP-Stützpunkt aus auf uns geschossen.

Am 23. Oktober wurde ich morgens von einem Kontrollposten der KDP ein km vor Zakho angehalten und durchsucht. Anschließend wurde ich in ein Gebäude der KDP gebracht. Ein KDP-Mitglied telefonierte in meiner Anwesenheit. Ich konnte mehrmals das Wort "Habur" verstehen. Zwei bewaffnete KDP-Mitglieder brachten mich daraufhin nach Habur, wo ich den Grenzübergang passierte, mir einen Einreisestempel geben ließ und mir ein Taxi nahm. Nach 100 m wurde ich von bewaffneten Personen in Zivilkleidung verhaftet und zurück nach Habur gebracht. Dort mußte ich mich völlig ausziehen. Bei der Durchsuchung meines Gepäcks wurden mein Fotoapparat, Filme, ein Aufnahmegerät, Kassetten, ERNK-Aufnäher, das Geschoß mit der Aufschrift BCK sowie der Brief von Hüseyin Celebi gefunden. Unter Fußtritten, mit verbundenen Augen und gefesselten Händen, wurde ich mit einem Auto in eine Militärkaserne nahe der Stadt Silopi, ca. 30 km von Habur entfernt, verschleppt. Ich mußte mich zwei bis drei Stunden dort aufhalten, meine Personalien wurden aufgenommen sowie Kopien meiner Materialien angefertigt. Bereits dort wurde ich als PKK-Agent beschuldigt und ich wurde an den Haaren gerissen und bespuckt. Danach wurde ich in die Zelle einer Polizeistation gebracht. Mir wurde da zum ersten Mal die Augenbinde entfernt. Meine Brille wurde mir abgenommen, ich bekam keine Decke und mußte auf dem nackten und feuchten Betonboden schlafen. Bis zum Abend des nächsten Tages bekam ich nichts zu essen und durfte nicht zur Toilette gehen. Erst nach heftigen Protesten und nachdem ich von einem Polizisten geschlagen wurde, wurden meine Forderungen erfüllt.

Am 25.10 wurde ich in einem Schützenpanzer einer Militärkolonne nach Sirnak in die Brigadestation gebracht. Auf dem Weg dorthin wurde bei einer Militärkaserne angehalten.
Immer noch mit verbundenen Augen wurde ich Treppen hoch- und runtergeschleift und wieder noch draussen geführt. Ich mußte mich an eine Wand stellen und wurde in perfektem deutsch angebrüllt, daß ich erschossen werden soll. Gewehre wurden durchgeladen.

Nahe an der Besinnungslosigkeit wurde ich erneut auf deutsch angebrüllt, ich solle endlich die Wahrheit sagen. Kurze Zeit nach dieser Scheinexekution wurde ich wieder unter heftigen Fußtritten in den Panzer gestoßen. In der Brigadestation Sirnak mußte ich mich wieder nackt ausziehen. Ich wurde von ca. fünf Männern umringt, heftig geschlagen, bespuckt und brutalst herumgestoßen. Nach dieser Tortur wurde ich eine Einzelzelle geworfen. Die Zelle war ca. 2 m lang, höchstens 1 m breit und völlig dunkel. Sie war so angelegt, daß man nicht darin stehen konnte. In dieser Zelle wurde ich zwei Tage in Einzelhaft gehalten. Vor der Zelle lief Tag und Nacht ein Kassettenrecorder in voller Lautstärke. Nachts wurde unregelmäßig an die Zellentür getreten; alle zwei Stunden stürmte ein Mann mit Knüppel bewaffnet in die Zelle und befahl: "Stand up, sit down".

Am 26.10. wurde ich morgens mit verbundenen Augen zu einem 3-4 stündigen Verhör geholt. Man fragte mich u.a. wie ich in die Camps der PKK rein und rauskam, mit welchen Leuten ich Kontakt gehabt habe, zu Kontakten in der BRD und wer mich finanziell unterstützen würde. Nachmittags wurde das Verhör weitergeführt. Hierbei machte ich Angaben über meine journalistische Arbeit bei Radio Dreyeckland. Bei beiden Verhören sollte ich durch Schläge eingeschüchtert werden.
Abends wurde ich in einen Raum gebracht. Nach wenigen Minuten hörte ich aus dem Nebenraum entsetzliche Schreie. Es waren die Schreie gefolterter Gefangener. Die ganze Nacht mußte ich mir die Schmerzensschreie anhören. Ich mußte mich mehrmals übergeben. Öfters kam eine Person in den Raum und machte mir klar, ich sollte endlich die Wahrheit sagen, sonst würde ich das gleiche mitmachen. Ich war am Ende meiner Kräfte, war nahe daran zusammenzubrechen.

Am 27.10. wurde mir gesagt, daß ich zu einer Untersuchung müßte. An einer Tür konnte ich ein Schild mit der Aufschrift "Doktor" erkennen. Man stieß mich mit Fusstritten in diesen Raum. Es war eine Folterkammer. Auf dem Boden lag überall sehr viel bläuliches Salz, in einer Ecke befanden sich zwei übereinandergelegte Autoreifen und in unmittelbarer Nähe einer Wand stand ein ungefähr 3 m hohes Holzgerüst. An den Querbalken hingen rechts und links Seilschlaufen. Die Foltermethode ist als Palästinahaken bekannt. In einer an deren Ecke sah ich Stromkabel und Elektroden. Erneut mußte ich mich nackt ausziehen und mir wurden Folterungen angedroht. Währenddessen wurde eine Nebentür des Folterraums geöffnet.
Ich sah ca. 20 abgemagerte, frierende Gefangene, deren Augen verbunden waren, nur mit Unterhosen bekleidet, dicht zusammengedrängt in Hockstellung auf dem Boden. Eine der Personen, die mich verhörten, zeigte auf die Gefangenen und erklärte, daß diese alle heute noch drankämen. Gegen Ende des Verhörs kam ein Mann in weißem Kittel hinzu, begutachtete mich und schrieb etwas. Ich mußte unterschreiben und wurde daraufhin sofort nach Cizre transportiert. Später traf ich im Militärgefängnis Diyarbakir einige Gefangene, die ebenfalls in der Brigadestation Sirnak inhaftiert waren. Sie alle waren dort im Durchschnitt 10 bis 30 Tage und waren täglich gefoltert worden.

Bei dem Verhör in Cizre am 27.10. erklärte mir eine Person, daß ich mich in einer Polizeistation befände. Er machte mir in akzentfreiem deutsch sehr deutlich klar, daß das meine letzte Station wäre. Man hätte mir bisher kein Wort geglaubt. Dies wäre meine letzte Chance, lebend herauszukommen. Er gab mir 10 Minuten Bedenkzeit. Ich war so erschöpft, physisch und psychisch fertig, daß ich kaum noch ein Wort herausbrachte. Ich versuchte nochmals alles zu erklären. Am 28.10. wurde ich wieder nach Silopi gebracht. An diesem Tag fanden keine Verhöre mehr statt.

Am 29.10. wurde ich zu einer Zivilperson gebracht, die mir einen Stapel Fotos zeigte. Es waren meine Fotos aus den PKK-Camps. Ich sollte die Personen identifizieren. Anschliessend wurde ich einem Haftrichter vorgeführt. Ein Soldat, der völlig unzureichend deutsch sprach, wurde als Dolmetscher von der Straße geholt. Die Fragen des Haftrichters konnte ich wegen der miserablen Übersetzung kaum verstehen. Ich verzweifelte daran fast. Ich stellte auch hier wieder eindeutig klar, daß ich Journalist, freier Mitarbeiter von Radio

Dreyeckland bin. Wie ich später in Diyarbakir von meinem Rechtsanwalt erfahren mußte, wurden diese Aussagen gefälscht. Zusammen mit anderen Gefangenen war ich einen Monat im Militärgefängnis von Silopi inhaftiert.

Am 30.11.92 wurde ich in einem Gefangenentransporter von Silopi in das Militärgefängnis von Diyarbakir verlegt. Das gelbe Fahrzeug trug die Aufschrift P.T.T., also ein als Postauto getarnter Gefangenentransporter. 18–20 Gefangene wurden in eine 2,50 m breite und 4 m lange Zelle eingepfercht. Einige waren schon tagelang unterwegs. Es war total feucht und stickig, Verdunstungstropfen fielen ständig von der Decke auf uns. Es herrschte totaler Sauerstoffmangel, wir waren dem Ersticken nahe. Einige mußten sich übergeben, wir standen im Erbrochenen. Diese Höllenfahrt dauerte 10 Stunden. Selbst auf Proteste hin ließ die Wachmannschaft keine frische Luft hinein.
Man verweigerte uns Nahrung und Toilettengang. Einige ältere Gefangene fielen immer wieder um; sie wurden bewußtlos.

Bevor ich auf die Haftbedingungen in Diyarbakir zu sprechen komme, nur kurz etwas zum Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht. Der Prozeß fand im Ausnahmezustandsgebiet statt. Ein Militärrichter war mit vertreten. In der türkischen Presse wurde ich als PKK-Kurier vorverurteilt. An allen vier Verhandlungstagen wurde mir der Journalistenstatus aberkannt. Die gegen mich vorgebrachten Anschuldigungen wurden nicht überprüft. Am 22. Januar 93 wurde ich nach Paragraph 169 des türkischen Strafgesetzbuchs und Art. 5 des "Antiterrorgesetzes" zur drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Dies wurde auch international als Kriminalisierung von kritischem Journalismus interpretiert.

Im Militärgefängnis von Diyarbakir waren insgesamt 1.200 Gefangene inhaftiert. Die 800 politischen Gefangenen waren auf 13 Großzellen verteilt. Im folgenden rede ich von der Zelle 36, in der ich vier Monate inhaftiert war. Dort waren wir 80–96 Gefangene. Die Zelle war ca. 20 m lang, 8 m breit und 10 m hoch. Auf der rechten Seite war der sogenannte Käfig, in dem sich die auf vier Stockwerke verteilten Schlafzellen befanden. In jeder Schlafzelle, 2,50 m breit und 4 m lang, mußten drei Gefangene schlafen. Im März 93 waren die Zellen total überfüllt, so daß einige im Treppenaufgang schlafen mußten. Auf der gegenüberliegenden Seite des Käfigs war eine genauso hohe Betonmauer. Nur ganz oben befanden sich kleine Fenster, durch die aber so gut wie kein Licht durchkam. Dieser Lichtmangel belastete zusätzlich den physischen und psychischen Gesundheitszustand. In der gesamten Zelle war es so kalt, daß an der zu trocknenden Wäsche nach wenigen Stunden Eiszapfen hingen. Wir mußten uns ständig in den dicksten Kleidern bewegen. Vorhandene Heizkörper wurden von der Gefängnisleitung nur für wenige Minuten eingeschaltet. Das war eine Schikane unter vielen. Die Versorgung mit Essen von der Großküche war völlig unzureichend, sehr arm an Mineralstoffen und Vitaminen.
Wir waren darauf angewiesen, zusätzliche Lebensmittel von Familienangehörigen und Komitees zu bekommen. Die Versorgung mit Medikamenten war ebenfalls katastrophal. Es gab viele Kranke. Besonders in den heißen Sommermonaten, so berichteten die Gefangenen, erkranken deswegen und wegen mangelnder Hygiene viele Gefangene an Gelbfieber, Typhus und anderen Darmerkrankungen. Einige Zellen wurden von den Gefangenen umfunktioniert in Toiletten, in eine Teeküche, in eine Lebensmittelvorratskammer. Daneben wurden ein Archiv, Bibliothek und eine Redaktion eingerichtet.

Die Gefangenen haben sich in Kommunen organisiert. In den Kommunen wurden unterschiedliche Aufgaben an verantwortliche Gruppen verteilt. Diese selbstbestimmten Gruppen waren erst nach Kämpfen in den 80er Jahren mit zahlreichen Toten und Verletzten gegen die Gefängnisleitung und den Behördenapparat durchgesetzt worden. Jedoch wurde immer wieder versucht, grundlegende Rechte zu beschneiden. Während eines unbefristeten Hunger streiks gegen die Zurücknahme wesentlicher erkämpfter Rechte überfiel ein Militärkommando mit Schlagstöcken und Eisenstangen bewaffnet am 9.2.93 die Gefangenen und verletzten insgesamt 262, 35 davon so schwer, daß sie mit Knochenbrüchen, Schädelrissen, inneren Verletzungen etc. ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Auch ich mußte wegen Prellungen, Blutergüssen, starker Unterkühlung und Gehirnerschütterung ärztlich behandelt werden.

Unter den politischen Gefangenen in Diyarbakir waren alle Altersgruppen von 15 bis 70jährigen sowie alle Gesellschaftsschichten wie Bauern, Arbeiter, Kleinhändler, Ärzte, Lehrer, Schüler, Studenten etc. vertreten. Ein Großteil der Gefangenen war willkürlich verhaftet worden. Ein Beispiel dafür ist, daß mir ein ca. 65jähriger Mitgefangener berichtete, daß er sich in seinem Dorf abends bei einer befreundeten Familie aufgehalten hatte. Während dem Abendessen durchsuchte das Militär das Dorf.
Weil er nicht zu Hause war, war er verdächtigt worden PKK-Propaganda zu machen. Alle Gefangenen, die ich in Diyarbakir antraf und mit denen ich sprechen konnte, waren systematisch gefoltert worden, u.a. in Militär- und Polizeischulen sowie in Militärkrankenhäusern. Einige Gefangene die neu eingeliefert wurden, konnten nicht mehr laufen, kamen in Rollstühlen, auf Krücken, einige waren von der Folter wahnsinnig geworden, einige hatten taube Hände und Beine von den Elektroschocks.

Dazu drei kurze Beispiele: der politische Gefangene Talat Aycicek aus Diyarbakir wurde am 7. September 1992, aufgrund des Verdachts ein Helfer und Sympathisant der PKK zu sein, verhaftet und in die Polizeischule von Diyarbakir, ca. 600 m vom E-Typ Militärgefängnis entfernt, gebracht. Dort wurde bei den Verhören neben den üblichen Foltermethoden wie Elektroschocks, Palästinahaken, das Schlagen mit Gummiknüppel auf den Körper und die Geschlechtsteile, mit einem schweren Eisenhammer auf seinen Kopf eingeschlagen. Er berichtete mir, daß er dem Tode nahe war. Er hatte eine riesige ca. 8 cm im Durchmesser große und sehr tiefe Wunde, die notdürftig genäht worden war. Einem anderen Gefangenen der neu kam, fehlte ein Auge. Dieses war ihm bei der Folter mit einem Gewehrkolben ausgeschlagen worden.
Anderen Gefangenen, die aktiv im Widerstand waren, hohe Positionen in der PKK hatten, waren während und nach den Folterungen in vielen Fällen starker Alkohol, sehr starke Medikamente wie Psychopharmaka und auch Drogen wie Heroin, Morphium unter Zwang verabreicht worden, damit diese Aussagen, Geständnisse ablegen oder auch, um sie für immer zu brechen.

Über die Situation in den türkischen Gefängnissen haben Sie jetzt wohl einen hinreichenden Eindruck erhalten, so daß ich auf das letzte Gefängnis nicht näher einzugehen brauche. Auch in Buca gingen die Provokationen weiter. Zum einen von inhaftierten türkischen Polizisten und ehemaligen Soldaten, zum anderen von Militärs, die mich ins Krankenhaus brachten.

Zum Beispiel wurde ich am 25.10.93 mit gezogener Pistole aufgefordert zu fliehen. Da ich in Buca nicht mehr mit den politischen Gefangenen zusammen war, war die Situation von Apathie geprägt. Meine Inhaftierung dort dauerte über acht Monate. Am 2 3.12. hatten die Bemühungen für meine Freilassung endlich zum Erfolg geführt. Am 24.12. traf ich in Stuttgart ein.

Zum Schluß möchte ich noch etwas zur politischen Einschätzung des gesamten Verfahrensablaufes sagen. U.a. wurde mir vorgeworfen, daß ich mich nicht speziell bei der Bundesregierung bedankt habe. Ich möchte dazu folgendes sagen:

- Die BRD hat von Anfang an auf ein "rechtsstaatliches Verfahren" gesetzt, obwohl bekannt war, daß der Prozeß im Ausnahmezustandsgebiet mit Militärrichter stattfand.
- Die verantwortlichen Stellen und Institutionen der BRD haben viel zu spät reagiert und dem Druck des türkischen Regimes nichts entgegengesetzt. Daß es durchaus möglich gewesen wäre mich herauszuholen, zeigt das Beispiel des englischen Journalisten Norman Penny, dem dieselben Anklagepunkte vorgeworfen wurde und der aufgrund des massiven Drucks des britischen Außenministeriums nach 14 Tagen freikam.
- Bereits bei dem ersten Besuch des Dr. Heisch, Leiter der Rechtsabteilung der Botschaft in Ankara, am 19.11.92 im Militärgefängnis in Silopi habe ich ihm detailliert über meine Behandlung in türkischer Haft in Silopi, Sirnak und Cizre berichtet. Der Botschaftsvertreter hat bewußt meine Schilderung an das Auswärtige Amt als "starker psychischer Druck" heruntergespielt. Damit wurde meine Situation bewußt verharmlost. Mir gegenüber wurde im Gegensatz dazu von Anfang an verständlich gemacht, daß ich schnellstens herausgeholt würde.
- Derselbe Botschaftsvertreter hat sich auch nach meiner Verurteilung gegenüber meiner Mutter so geäußert, daß man nicht wegen mir die Beziehungen zur Türkei aufs Spiel setzen wolle. Das heißt für mich soviel wie: Folterberichte aus der Türkei auch von und an ausländischen Menschen, Journalisten, sind keine Hinderungsgründe für die weitere Unterstützung der BRD, für weitere Waffenlieferungen durch die BRD.
- Ein letztes Beispiel: nach dem Angriff des Militärkommandos am 9. Februar 93 erhielt meine Mutter und der Freundeskreis von deutschen Behörden die Auskunft, ich sei davon nicht betroffen. Ich selbst konnte erst dem CDU-Parlamentarier Stercken am 15.02.93 darüber berichten und wurde zwischenzeitlich nie von einem Konsularbeamten besucht. Der Vorsitzende des Auswärtigen Auschußes hat hingegen meinen Bericht heruntergespielt und äußerte mir gegen über: ich solle das Ganze nicht so politisch hochziehen.

Diese Beispiele sollen genügen. Letztendlich ist mir bewußt geworden, daß an maßgeblicher Stelle erst wirklich reagiert wurde, als der Druck von außen massiv genug war. Ich möchte noch auf die schriftliche Vorlage meiner Einschätzung und auch auf das Papier des Freundeskreises hinweisen.

Waldkirch, 07.01.93c/o
Stephan Waldberg

Radio Dreyeckland
Adlerstr. 12
D-79098 Freiburg
Fax: 0761-31868

Einschätzung
Und so hat sich Bonn dazu verhalten!

Aus einer türkischen Zeitung erfährt die deutsche Botschaft in Ankara am 29.1o. von der Festnahme. Dies widerspricht internationalen Vereinbarungen.

Die erste direkte Kontaktaufnahme zwischen dt. Botschaft und Stephan am 19.11.92 durch den Leiter der Rechtsabteilung. Dieser gibt die erhaltenen Informationen über Mißhandlungen nicht weiter, nur summarisch wird von einem "starken psychischen Druck" berichtet.

Im Dt. Bundestag am 14.1.93 äußert sich die Staatsministerin Seiler-Albring wie folgt:
"Nach dem Eindruck der internationalen Prozeßbeobachter ist ... schwer nachvollziehbar, daß es nicht bereits in der ersten Gerichtsverhandlung zu einem Freispruch ... gekommen ist."
und:
"Wenn ... es zu einer Verurteilung ... kommen sollte, wovon wir zunächst nicht ausgehen, dann wird sich die deutsche Bundesregierung ... überlegen müssen, welche ... Instrumente wir zunächst anwenden. Ich kann Ihnen versichern, daß die türkische Regierung über sich daraus möglicherweise ergebende Konsequenzen für die Qualität unserer Beziehungen nicht im unklaren gelassen wird."

Diese Position ist der dt. Botschaft unbekannt. Nachdem wir ihren Vertreter informieren, äußert er, daß die Staatsministerin wohl eine falsche Einschätzung habe. Die Position aus Bonn wird allerdings im Febr. 93 wiederholt.

Aussenminister Kinkel war am 25.1.93 mit der Mutter Stephans zusammengetroffen. Er bat sie, "Vertrauen" zu haben, ihm "Glauben zu schenken" und rät, die Öffentlichkeit möglichst rauszuhalten.

Erklärungen aus Bonn lauten immer wieder, Stephan werde "konsularisch betreut". Der weitere Verfahrensgang solle abgewartet werden...

In Gesprächen wurde betont, man wolle sich durch diese Verhaftung die deutsch-türkischen Beziehungen nicht kaputtmachen lassen.

Die Deutsche Botschaft und andere zeigen sich optimistisch, daß in der Revision die Freilassung von Stephan erreicht werde. Ähnlich z.b. NATO-Generalsekretär Wörner.

Nach der Verlegung von Stephan nach Izmir (April 93) gibt das dortige Konsulat zunächst an, es gebe in dem dortigen Gefängnis keine politischen Gefangenen...

Die nächste "Information": in der Regel seien nur 42 % der Haftstrafe zu verbüssen. Dies stellt sich bereits vor dem Kohl-Besuch nach Angaben der dt. Botschaft als "Irrtum" heraus – wird aber bis nach dem Besuch zurückgehalten.

Kohl fährt im Mai 93 nach Ankara. Er habe dort mit Demirel "eingehend" den Fall Waldberg besprochen, die Frage einer Überführung werde "bald" geprüft.

Ende August 93 wird durch den Rechtsanwalt in Izmir ein Begnadigungsantrag eingereicht; Art. 1o4 der türkischen Verfassung ("fortdauernde Krankheit"). Dieses Verfahren war zwischen Bonn und Ankara so ausgehandelt worden.

Während der gesamten Zeit des Aufenthalts in Buca bei Izmir versucht das dt. Konsulat, Stephans Rechtsanwalt Özcan zu denunzieren. Er könne nichts, sei eine Flasche, er stelle falsche Anträge etc.

Es kommt zu mehreren Untersuchungen, u.a. durch ein deutsch-türkisches Ärzteteam in Izmir. Hier wird durch den türkischen Arzt eine "psychische Krankheit" vermutet: *"Ich (würde) empfehlen, ihn evtl. von einem türkischen Facharzt für Psychiatrie...untersuchen zu lassen."*

Erst als das Gerichtsmed. Institut in Istanbul im Dez. 93 in einer 3. Untersuchung eine "chronische Psychose mit Dauerwirkung" (lt. Anadolu) feststellt, wird die Begnadigung kurz vor Weihnachten durch Demirel ausgesprochen.

Damit wird klar, daß dieser Versuch der Psychiatrisierung von S. Waldberg durch die türkische Seite mit der deutschen Seite so abgesprochen worden ist. In der Türkei ist eine solche Vorgehensweise bis dahin unbekannt.

Januar 1994 *Freundeskreis Stephan Waldberg*



Komitee
der iranischen Opposition
im Exil gegen Terror

Im Archiv "Papiertiger" (Cuvrystr.25 in 1/36) gibt es jetzt 3 Hefte mit Dokumenten, Geheimberichten und Zeitungsausschnitten zu dem Fall "Mykonos".

Was der "Mykonos" Fall ist? : am 17.9.1992 wurden in Berlin, im Restaurant "Mykonos" vier iranische Oppositionelle im Auftrag des iranischen Regimes ermordet. Wegen 'deutscher Staatsinteressen' (hervorragende wirtschaftliche Beziehungen) scheint eine tatsächliche Aufklärung des Attentates nicht im Interesse der 'Oberen' der BRD zu sein.

Eine gewisse Rolle spielt in diesem Zusammmenhang der Geheimdienst - Koordinator und Staatsminister im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidbauer. Er soll mit dem offiziellen Stellen in Teheran darin übereingekommen sein, Daß eine Anklage gegen das iranische Regime im Fall Mykonos verhindert wird, sofern als Gegenleistung iranische Diplomaten, die mit Terroranschlägen in Europa beauftragt sind, aus Bonn abgezogen werden(vergl. ...tern vom 30.12.1992). Der Kuhhandel ist aufgegangen: die Öffentlichkeit erhielt keinerlei aussagekräftigen Informationen über die Beteiligung des iranischen Regime im Fall Mykonos, sondern wurde mit Spekulationen in die Irre geführt, bei der Bluttat handele es sich um Streitereien Unbekannter und nicht definierbarer Gruppierungen. Die Bundesregierung deckt dererlei Übereinkunfte gewöhnlich mit der billigen Phrase von der Wahrung des nationalen Interesses Deutschland". Allerdings muß die Frage gestattet sein, ob dieses Interesse soweit gehen darf, daß terroristische Aktivitäten ausländischer Regime in Deutschland geduldet und durch das Stillschweigen der Bundesrepublik gar noch gefördert werden. Im Interesse welcher Bürger und Bürgerinnen wird die Öffentlichkeit nicht oder fehlinformiert? Lassen sich wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit einem menschenverachtenden Regime und dessen terroristische Aktivitäten mit der Umschreibung vom nationalen Interesse Deutschlands in Einklang bringen? Besteht nicht viel mehr die Gefahr, daß das Regime in Teheran geradezu durch solches Verhalten ermuntert wird, seine oppositionellen Landsleute zu bedrohen, zu verfolgen, zu erschiessen? Wo bleibt die Achtung der Menschenrechte, die der Bundesaußenminister zaghaft einklagt, wenn er gleichzeitig vor deren Verachtung die Augen schließt?"

Der Prozeß findet jeweils donnerstags und freitags ab 9.00 im Gericht an der Turmstr. (unter besonderen Schutzvorkehrungen +Kontrollen im Sicherheits-Gerichtssaal) statt.

Spanien im Herbst -
Bad Kleinen im Großen

Vom 20. bis 23. September werden im Baskenland 14 Personen unter dem Verdacht der ETA-Mitgliedschaft oder -Unterstützung festgenommen. Am Ende der Woche sind 2 von ihnen tot, 5 werden wieder freigelassen. Alle werfen der Polizei Mißhandlungen und Folter vor.

Gurutze Yanci wird am 23.9. im Baskenland festgenommen. Sie wird in die Guardia Civil-Station Tres Cantos in Madrid gebracht. Offizielle Version der Guardia Civil: Gurutze hätte nachts über starke Schmerzen in der Brust geklagt. Man habe sie mit einer Ärztin telefonieren lassen, die ihr eine Schmerztablette verschrieben habe. Kurze Zeit später hätten Beamte sie mit einem »epileptischen Anfall« gefunden. Sie sei in ein Krankenhaus gebracht worden, das sie nicht mehr lebend erreichte.
Xabier Galparsoro wird am gleichen Tag in Durango festgenommen. Einige Stunden später wird er in das Kommissariat der Policia Nacional in Bilbao gebracht und nachts schwerverletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Version der Policia Nacional: Er sei plötzlich aufgesprungen, habe den ihn bewachenden Beamten zur Seite gestoßen und sei aus dem Fenster gesprungen. Nach einigen Tagen im Koma erliegt Galparsoro seinen Verletzungen.
Die selbst für spanische Verhältnisse ungewöhnliche Häufung derartiger Vorfälle ruft einen erheblichen Pressewirbel hervor. Obwohl die Medien ansonsten ähnlichen staatlichen Maßnahmen zur Lösung des »baskischen Problems« keineswegs kritisch gegenüberstehen, berichten Zeitungen wie das regierungsfreundliche »El Pais« in großer Aufmachung. 5 der Festgenommenen werden freigelassen, ohne daß ihnen ein Vergehen oder ETA-Kontakte nachgewiesen werden konnten. Das gilt im Prinzip auch im Fall von Gurutze Yanci. Es gibt bis heute weder Anklagen, noch Ermittlungsverfahren, noch plausible Erklärungen.
Während Innenminister Corcuera und der Chef der Guardia Civil schon einen Tag nach dem Tod von Gurutze offiziell erklären, sie sei an einem »natürlichen« Herzinfarkt gestorben, widerspricht ihnen umgehend der zuständige Untersuchungsrichter. Er weist darauf hin, es gäbe nicht einmal ein Ergebnis der Autopsie oder einen Untersuchungsbericht. Der Arzt der Familie sowie ihr Rechtsanwalt bestätigen später, daß bei der medizinischen Untersuchung der Toten Blutergüsse an Kopf, Armen, Beinen und der Brust festgestellt wurden. Als Todesursache wird ein Blutgerinnsel diagnostiziert. Nach Meinung des Gerichtsmediziners Andrade kann es durch eine extreme Streßsituation bei der bis dahin gesunden 31jährigen ausgelöst worden sein. Die gemeinsam mit ihr Festgenommenen (u.a. ihr Mann) berichten auf einer Pressekonferenz, sie hätten Schreie aus der Zelle von Gurutze hören können.
Am 27.9. melden Tageszeitungen, daß bei der amtlichen medizinischen Untersuchung von Maria Lizarribar, einer der Festgenommenen, 22 starke Blutergüsse am ganzen Körper gefunden wurden. Nach Angaben von Frau Lizarribar wurde sie in der Guardia Civil Kaserne von San Sebastian mißhandelt. Der Untersuchungsrichter läßt die körperlichen Spuren fotografieren, um den Hinweis der Ärzte zu sichern, daß es sich um frische Blutergüsse handeln muß. »El Pais« veröffentlicht eine Zeichnung mit den Spuren der Mißhandlungen.
Fast gleichzeitig gerät die offizielle Version zu Xabier Galparsoro ins Wanken. Die baskische Tageszeitung »Egin« druckt ein ETA-Kommunique ab, in dem behauptet wird, er sei schon vor Wochen von der spanischen Polizei festgenommen, gefoltert und wieder freigelassen worden, um ihn als Spitzel gegen ETA zu benutzen. Innenminister Corcuera antwortet darauf im spanischen Parlament: Er könne zwar die erste Festnahme nicht ausschließen, glaube aber nicht, daß er »in den Bergen« gefoltert worden sei. Derartige Erklärungen machen erst recht hellhörig. Und die Zeitungen finden tatsächlich Zeugen und Hinweise für den Verdacht, daß Galparsoro von der Polizei gezwungen werden sollte, sich als Spitzel zur Verfügung zu stellen. So schreibt etwa die spanische Wochenzeitung »El Tiempo«, ein hoher Beamter des Innenministeriums habe ihr gegenüber die erste Festnahme Galparsoros bestätigt.
Das alles zwingt die spanische Regierung zum Handeln. Innenminister Corcuera bietet in einer Erklärung vor dem spanischen Parlament am 28. September seinen Rücktritt an. Anders als sein ehemaliger deutscher Amtskollege Seiters in ähnlicher Situation will er aber nur abtreten, wenn sich Mißhandlungen und Folter bei den Toten und Festgenommenen beweisen lassen. Und das schließt Corcuera umgehend aus. Begründung: Xabier Galparsoro sei aus dem Fenster gesprungen, Gurutze Yanci sei eines natürlichen Todes gestorben und Maria Lizarribar habe die Blutergüsse schon vor ihrer Festnahme gehabt.
Es folgt eine Art »Bad-Kleinen-Effekt«. Die Presse schaltet ihre Scheinwerfer aus. Faktisch wird nicht mehr über die Vorfälle berichtet. Alles geht seinen üblichen Gang. Schließlich lebt man in einer Demokratie und in den Redaktionen übt man wieder Selbstzensur - Gegen ETA ist eben alles erlaubt.
Was bleibt, ist eine Erklärung des internationalen Sekretariats von Amnesty International in London zu den Fällen Galparsoro, Yanci und Lizarribar. AI erinnert an die Kritik der UNO, daß die

Antiterrorgesetze des spanischen Staates Folter und Mißhandlung begünstigen, will die Fälle untersuchen und die spanischen Ermittlungen verfolgen. Fast jährlich muß die Organisation über Folter in Spanien berichten und zeigt sich erneut besorgt über die Häufigkeit von Foltervorwürfen in Spanien. Sie werden von Menschen vorgebracht, die nach dem Anti-Terrorismus-Gesetz festgenommen wurden. Insgesamt sind das seit 1977 weit über 15.000 gewesen. Nach AI müssen selbst die wenigen wegen Folter verurteilten Polizisten ihre Strafe nicht verbüßen und können ihren Dienst weiter versehen. Schon am 23.4.93 wurden deshalb Vertreter der spanischen Regierung vor die Kommission gegen Folter der UNO geladen, nachdem ein Untersuchungsbericht des Referenten der Kommission zu dem Schluß kam, daß in Spaniens Kommissariaten und Gefängnissen regelmäßig gefoltert und mißhandelt wird.

In der letzten Oktoberwoche werden 7 BaskInnen wegen angeblicher ETA-Mitgliedschaft festgenommen. Im Zusammenhang mit Waffenfunden will der Guardia Civil wieder einmal ein »entscheidender Schlag« gelungen sein. Es gehört seit Jahren zum Ritual von Regierung und Medien anschließend das definitive Ende von ETA anzukündigen. »*Im Moment ist es hier wie immer. Sie verhaften einmal im Jahr die ETA-Führung und danach geht alles weiter wie vorher*«, so der trockene Kommentar auf der Straße. Weiter geht es am 29. Oktober. ETA läßt nach 117 Tagen den entführten Unternehmer Julio Iglesias Zamora gegen Zahlung eines Lösegelds von 300 Millionen Peseten frei. Die Freilassung erfolgt mitten im Operationsgebiet der Guardia Civil, der es trotz großer Anstrengungen nicht gelungen war, eine Spur des Entführten zu finden. Die Entführung hatte einigen Trubel ausgelöst, weil sich angeblich »zum erstenmal eine breite Bürgerbewegung« (taz) gegen ETA gebildet hatte. Doch vor Ort sieht das etwas anders aus. Eine Koalition gegen ETA organisiert schon seit Jahren, vergleichsweise sporadisch, größere Demonstrationen. Sie demonstriert für Ruhe und Ordnung im Baskenland und will aktuell »Freiheit für Julio!«. Es gehört weiterhin zum Ritual, daß die andere Seite darauf mit einer Großdemonstration antwortet. Die »anderen« 40.000 demonstrieren gegen Folter - »Julio soll zahlen!« ist hier zu hören.
Kurz vor der Freilassung Zamoras kam heraus, daß die Regionalregierung der »breiten Bürgerbewegung« Millionensummen bereitgestellt hatte, z.B. für »spontane Anzeigen« in Tageszeitungen. Über das Ende der Entführung dürften beide Seiten aus unterschiedlichen Gründen zufrieden gewesen sein. Zamora zeigte sich auf einer Pressekonferenz jedenfalls bei bester Gesundheit. Er sei gut behandelt worden (in der »Foltergefangenschaft« - Kölner Stadt-Anzeiger vom 1.11.) und habe mit seinen Entführern über Politik diskutiert. Noch in der Nacht seiner Freilassung bedankten sich eifrige Sprüher in San Sebastian ebenso artig wie ironisch: »Gracias Julio!« prangte an den Wänden.
Am Abend des 30. Oktober feiern 10.000 Menschen in Bilbao u.a. die Zahlung des Lösegelds. Anlaß: »Negu Gorriak«, die populärste Musikgruppe Euskadis, beendet ihre Europatour (Rhenania/Köln nicht zu vergessen) mit dem einzigen Auftritt vor heimischen Publikum. Organisiert wird das Ereignis von den »Gestoras pro Amnistia«, der Gefangenenhilfsorganisation, die sich für die Freilassung der über 600 baskischen Gefangenen einsetzt. Im Vorprogramm verarbeiten baskische Volksmusiker die Entführung als erfolgreiche Aktion und ernten tosenden Beifall. Vor dem Auftritt von NG drängen dann tausende näher zur Bühne und skandieren Sprechchöre wie »Gora ETA!« (Es lebe ETA!) oder »Presoak Kalera!« (Gefangene auf die Straße!) - bei Rockkonzerten im Baskenland nichts besonderes und z.B. auch auf Volksfesten an jeder Ecke zu hören. Eigenartig - handelt es sich bei diesen Sympathisanten der »Kinds- und Greisenmörder« (taz) doch um »halbstarke Abenteurerkreise und Randgruppen« (taz). Für BaskInnen ist diese Art journalistischer Ignoranz nichts Neues: »*Der Brauch zu lügen, eine Kultur - Wo gibt es Folter? - Was es nicht gibt, gibt es nicht, Basta Bastard!*« - singt NG dazu. Und die recht große Randgruppe in der Halle singt mit, als die Band mit der Rap-Version von »Hator, Hator Mutil Etxera« ihren Auftritt beendet. Die Musiker verschwinden dabei hinter einem Amnestietransparent, das von Angehörigen Gefangener auf die Bühne getragen wird. Seit Franco ist aus dem alten Volkslied ein populäres Lied für die politischen Gefangenen geworden. Sinngemäß übersetzt: »Es wird Zeit, daß ihr nach Hause kommt!".

Ende November: Der seit Jahren umstrittene Innenminister Corcuera tritt mit einer vorgeschobenen Begründung zurück und wird durch den nächsten Hardliner ersetzt. In Bilbao findet ein Trauermarsch für einen baskischen Unteroffizier statt, der an den Folgen eines vermeintlichen ETA-Anschlags gestorben war. Die Frankfurter Rundschau schreibt am 29. 11., daß die Regionalregierung daraufhin »Egin«, eine der größten baskischen Tageszeitungen, verboten hätte. »Egin« berichtet seit Jahren als einzige Zeitung kontinuierlich über Foltervorwürfe und war auch diesmal maßgeblich an der Aufdeckung des aktuellen Skandals beteiligt. Aber eine vielgelesene Tageszeitung einfach verbieten? Bei einer Nachfrage vor Ort entpuppt sich das Verbot als simple Falschmeldung - wie so vieles andere.

A. S. Katasuna

ZUM KONFLIKT INNERHALB DEV SOL

"...Wir fordern von allen eine i n h a l t l i c h e Auseinandersetzung, statt sich bequem hinter einer solchen Forderung zu verstecken..."

Das "Komitee gegen den imperialistischen Krieg" zur Stellungnahme des internationalen Infoladentreffens zum Konflikt innerhalb der Devrimci Sol.

Wenn wir uns im Folgenden auf den Marxismus- Leninismus als Herrschaftsideologie beziehen, so betrifft dies nicht nur die Organisationen, die sich auf ihn berufen. Wir sprechen damit die Verhältnisse innerhalb der revolutionären Linken insgesamt an.
In der Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen sind wir meistens mit Organisationen konfrontiert, die nach einem vertikalen marxistisch- leninistischen Prinzip organisiert sind.
Dev.Sol stellt sich in diese Tradition :
"... Dev.Sol ist eine internationalistische Bewegung; sie betrachtet sich selbst als einen Teil der weltweiten kommunistischen Bewegung und als Anhängerin von Marx, Engels, Lenin und Stalin, sowie der Dritte Internationalen...(Broschüre "Die revolutionäre Linke- Devrimci Sol" Juni 90)
...und weiter:
"... Dev.Sol- basierend auf der Tatsache, dass es eine kurdische nationale Frage in der Türkei gibt- ist die organisierte Avantgarde nicht nur des türkischen, sondern auch des kurdischen Volkes. Weil sie erkennt, dass eine Revolution in der Türkei durch die vereinigte Kraft der türkischen und kurdischen Völker durchgeführt werden kann. Dev.Sol ist die organisierte Avantgarde der Völker der Türkei..." (ebda.)
Devrimci Sol steht mit diesem Avantgarde- Anspruch auf den Grundlagen des Marxismus- Leninismus nicht allein da. Die meisten Befreiungsbewegungen sind davon geprägt. Nach aussen an die Adresse der "Völker" gerichtet, reproduziert sich dieser Anspruch nach innen in innerparteilichen Kämpfen um die Führung, um Macht, in sogenannten Linienkämpfen. In der Durchsetzung solcher Führungsansprüche nimmt die direkte gewalttätige Form, also die Liquidierung des politischen Gegners zwar einen besonderen, aber nicht aussergewöhnlichen Platz ein. Sie durchzieht die Geschichte der revolutionären Linken wie ein roter Faden. Beispiele finden wir sowohl in vorrevolutionären Phasen und in noch grösserem Mass unter nachrevolutionären "konsolidierten" Verhältnissen.

Der Blick zurück

Machtansprüche und "politische" Gewalt fallen nicht vom Himmel. Sie hängen wesentlich mit der ihnen zugrunde liegenden Ideologie zusammen. Der Marxismus- Leninismus ist anlagemässig eine patriarchale Ideologie. Als solche drückt sie die revolutionären Interessen einer proletarischen Männerklasse aus. Sie liefert das strategische Instrumentarium um diese Interessen gegen die Machtbehauptung einer ebenso männlichen Kapitalistenklasse durchzusetzen. Beide Klassen, die bürgerliche wie die proletarische, haben ihren Ursprung in einer patriarchalen Geschichte. Im Verlauf der Geschichte haben die Männer aller Klassen die Frauen ihrer Gewaltherrschaft unterworfen. **Auf dieser patriarchalen Uebereinkunft beruht historisch die Erfahrung und die Möglichkeit, die eigenen Interessen über Machtmittel und Gewaltanwendung durchzusetzen.** Sie hat sich nicht nur im sozialen Bezug der

beiden Klassen zueinander, im Klassenkampf reproduziert. Sie hat ebenso die innere gesellschaftliche Regulierung dieser Klassen und damit auch die soziale Zurichtung ihrer jeweiligen Individuen bestimmt, Frauen wie Männer. Das gleiche Muster finden wir wieder, wenn die Organisationen der proletarischen Klasse, die Parteien, sich über diese erheben, indem sie behaupten, mit ihren Anschauungen die "allgemeinen" Klasseninteressen auszudrücken. Das Ziel dieser Parteien bleibt schliesslich, die Herrschaft für sich zu erobern, in der äussersten Konsequenz als Parteidiktatur. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten in den politischen Machtapparaten gegen einen äusseren Feind wie gegen eine Zersetzung von innen vorgebeugt werden. Linientreue in Parteien und Organisationen wurde zu einem tragenden Prinzip gemacht. Wir gehen soweit zu behaupten, dass sich marxistisch- leninistische Kaderparteien in ihrem hierarchischen Aufbau kaum von ihrem bürgerlichen Gegenüber unterscheiden.
Das gilt z.B. für den Demokratischen Zentralismus wie für die Praxis der Kooptation (von oben bestimmte Teilhabe an der Macht) in kommunistischen Parteien. So sind auch "Revolutions"-Versprechen nichts weiter als ideologische Vorbereitung zur eigenen Machtkonsolidierung. Keine sogenannte "Revolution" konnte bis heute die "soziale Frage" lösen, d.h., die Aufhebung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen durchsetzen. Immer sammelten sich die Macht- und Entscheidungsbefugnisse in den Händen einer Partei- Elite. Es überrascht auch nicht, dass wir oft nach der "revolutionären" Machtergreifung die Gleichen an den Schalthebeln der "Neuen Macht" wiederfinden.
Der Personenkult an Revolutions-"Führern", ob bei Lenin, Stalin, Mao, Guzman oder Oecalan war nie der "spontanen Begeisterung der Massen" zuzuschreiben, er wurde vielmehr bewusst gefördert. Eine vertikale Organisierung hat politisch zur Folge oder auch zum Zweck, dass Männer und Frauen in ihrem Emanzipationsprozess eingeschränkt werden. Begründet wurde sie damit, dass die "Arbeiterklasse" nicht fähig sei, ihre "objektiven" Interessen als Klasse wahrzunehmen und politisch durchzusetzen. Entsprechend wird jeder Rebellion gegen die Spitze, gegen die "Führung" begegnet, jede Differenz als "abweichlerisch" oder "konterrevolutionär" denunziert und bekämpft, notfalls bis zur Liquidierung. Das ist gewiss für Viele eine Provokation, wir sind uns dessen bewusst. Wenn wir uns allerdings auf den historischen Hintergrund berufen, der den beiden Klassen gemeinsam ist, scheint uns diese Entwicklung nur logisch. Dieser historische Hintergrund ist die über Jahrhunderte dauernde "Modernisierung" des Patriarchats, die mit der bürgerlichen Revolution von 1789 bzw. 1848 ihre vorläufige, bis heute andauernde Form fand.
(Zur Kontinuität des Patriarchats, speziell auch zum Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern aus linker männlicher Sicht, haben wir uns schon an anderer Stelle geäussert, ak 351 oder interim Okt.92.)

Subjektivität

Doch zurück zu den ML- Kaderparteien: Dass führende Kader sich störender Elemente in- und ausserhalb ihrer Organisationen durch Liquidation entledigen, ist strukturell bedingt. Aus unserer Sicht ist es ist notwendig, dass wir solche Praktiken und die dahinter stehenden hierarchischen Organisationen und Strukturen kritisieren. Allerdings ist es falsch, mit der Kritik erst da

zu beginnen, wo wir mit Befreiungsorganisationen von ausserhalb Europas konfrontiert sind. Vereinnahmung, Negieren von Widerstand, Einfordern von Linientreue ist authentische Erfahrung und Praxis auch der Linken hier. Immer ist es ein patriarchales Selbstverständnis, welches von Linken hier gegen radikale Kritik verteidigt wird. Erinnern wir uns an die vielen Treffen, an denen die Wortführenden grundsätzliche Fragestellungen abgeschmettert haben. Oftmals ging es darum, Bündnisse, die auf der Tagesordnung standen, nicht zu gefährden. Am eindeutigsten, wenn diese Kritik gegen das Zurückdrängen des Frauenwiderstands in den Befreiungskämpfen, hier wie dort, erhoben wurde. Als Rechtfertigungen werden u.a. die unvergleichbar repressiveren Verhältnisse in Kurdistan, in Peru, Palästina, usw. angeführt. Diese Position wiederum ist nur möglich durch eine männlich dominierte Vermittlung von Unterdrückung und Kampf. Das bedeutet nicht nur dass die Realität von Frauen unsichtbar gemacht, vereinnahmt und untergeordnet wird. Es bedeutet ebenso, dass Subjektivität schlechthin ,sowohl von Frauen wie von Männern, zum Erreichen"objektiver" Befreiungsziele hinderlich sei.
Bei aller Kritik und verbaler Ablehnung von Hierarchien innerhalb revolutionärer Organisationen bezieht sich die internationalistische Linke gleichwohl theoretisch auf sie und arbeitet praktisch mit ihnen zusammen. Zwar beschäftigen wir uns mit den Differenzen zwischen verschiedenen Parteien. Wir sind deshalb oft nicht in der Lage, die Eigeninteressen der politischen Organisationen und jene vielfältigen Interessen der sozialen Bewegungen auseinanderzuhalten und danach zu handeln.

Wir haben gesagt, die Auseinandersetzung innerhalb der Devrimci Sol stelle keine Ausnahme dar. Sie ist Ausdruck patriarchaler Logik. Zentrales Kriterium für unser Verhältnis zu Befreiungsorganisationen muss daher ihre Haltung zum Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern sein.
Wir gehen davon aus, dass das globale Herrschaftsverhältnis das Patriarchat ist. Für eine revolutionäre Strategie bedeutet dies, das imperialistische Patriarchat muss zerschlagen werden. Bei jedem politischen Schritt, jeder taktischen Einstellung (auch "militärischen"), wie beim jeweiligen organisatorischen Rahmen gilt: jeder Ansatz von Hierarchie und Machtverhältnissen muss vom Standpunkt der "untersten Klasse" aus betrachtet, bzw. an deren politischen Position, dem revolutionären Feminismus, bemessen werden. Konkret heisst dies für uns, dass wir alle Auseinandersetzungen, Diskussionen wie Bündnisaktivitäten unter diesem Grundsatz führen müssen. Gerade in Anbetracht, dass solche Diskussionen auch in vordergründig "gemischten" Zusammenhängen meist unter Männern geführt werden. Diese Realität gilt für unsere Seite ebenso wie für die jeweiligen Organisationen mit ihren Kadermännern. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass diese Kadermänner für die Organisation stehen und deren Interessen vertreten. Auch wenn sie im persönlichen Gespräch in bestimmten Fragen differenzierte Positionen einnehmen. Denn wer kennt sie nicht, die persönlichen Kontakte, die nächtelangen intensiven Auseinandersetzungen mit Einzelnen. Wir konnten vieles dabei lernen, im positiven wie im negativen: Unterschiede erkennen zwischen "persönlicher" und "offizieller" Position; lernen, die Konsequenzen zu ziehen, uns abzugrenzen bis zur Entsolidarisierung Einzelnen oder ganzen Organisationen gegenüber. Den letzten Grund lieferten uns immer öfter die Positionen, die zum Gewaltverhältnis zwischen Mann und Frau eingenommen wurden. So, wenn z.B. deklarierte Vergewaltiger in Schutz genommen oder der autonome Feminismus als "kleinbürgerliche" Bewegung diffamiert wurde.

Die Wahl der Waffen

Nochmals zum bewaffneten Charakter der Auseinandersetzung: Wir finden es richtig, diesen zu kritisieren. Allerdings bleibt die Kritik im blossen Moralismus stecken, wenn sie sich auf dieses Phänomen beschränkt. Sie verkennt dabei, dass es weit mehr Möglichkeiten gibt, "konterrevolutionären" Widerstand in den eigenen Reihen zu liquidieren. Gerade für das Vorgehen gegen innerparteilichen Widerstand und weiterreichenden revolutionären Ansprüchen von Frauen gibt es genügend historische Beispiele. Die unmittelbar physische Vernichtung, bei der auch die Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind nicht gescheut wurde, stellt da nur die Spitze des Eisbergs dar. Alltägliche Gewalt, psychischer Terror, Diffamierungen, Ausschlüsse um nur einige zu nennen, sind Methoden, die weit weniger spektakulär, aber nicht weniger wirkungsvoll waren. Und sie sind auch in unseren Zusammenhängen Normalität.
Wir stellen uns nicht grundsätzlich gegen bewaffnete Auseinandersetzungen. Es geht vielmehr darum, zu unterscheiden zwischen revolutionärem und reaktionärem Ansatz. Aufgrund der vorliegenden Stellungnahmen der beiden Devrimci Sol- Fraktionen gehen wir davon aus, dass es sich um eine Abrechnung zwischen zwei männlich bestimmten Kollektiven handelt. Mit ihrem Anspruch auf Macht und Alleinvertretung drücken beide nur ihre patriarchale Grundhaltung aus.

Der Blick nach vorn

Wir möchten klarmachen, dass es uns nicht ansteht, Befreiungskämpfe zu diffamieren. Wir muten uns aber sehr wohl zu, radikale Kritik an Organisationen zu üben, die durch ihre vertikale Organisierung nichts weiter als patriarchale Realität reproduzieren. Das betrifft ihr bedenkenloses Durchsetzen von Machtansprüchen gegenüber sog. "kleinbürgerlichen Tendenzen" ebenso wie ihr Verhältnis zu sozialen Bewegungen, die sich nicht dem Diktat der Partei unterwerfen lassen. Für uns mit unserem internationalistischen Anspruch heisst dies, dass wir uns mit Organisationen, die sich auf dem ML- Prinzip konsolidiert haben, nur begrenzt und kritisch zusammenarbeiten können. Die Zerschlagung des imperialistischen Patriarchats kann nur durch das Zusammenwirken der verschiedenen Kämpfe weltweit erreicht werden, im Bewusstsein um ihre Unterschiedlichkeit. In keinem Fall können wir zu "Ablegern" von Organisationen werden, die nur ihre Partikularinteressen verfolgen. Internationale Solidarität in Theorie und Praxis ist das Eine, direkte Zusammenarbeit mit Organisationen das Andere. Praktische Solidarität mit den kämpfenden Frauen und Männern in Kurdistan, Palästina und weltweit ist unumgänglich. Ebenso unumgänglich ist der Angriff auf den patriarchalen Chauvinismus der Kaderorganisationen. Wir können den kurdischen türkischen Befreiungskampf unterstützen, soweit es in unseren Kräften liegt, indem wir den Kampf hier in den Metropolen aus unserer Realität heraus führen. Dazu müssen wir lernen, unsere Vorstellungen von Befreiung nicht über "fremde" Subjekte und

agit-pop

Schwarze Musik und weiße Hörer

11.2.94 im EX, Gneisenaustr.2, Mehringhof
20 h Veranstaltung - 23 h Party
mit Günther Jacob

Veranstalter: BuchLaden Schwarze Risse, Edition ID - Archiv
Unterstützt vom Bildungswerk

Organisationen zu definieren. Die gängige Art und Weise, mit der wir linke weisse Männer in der Metropole uns zu Befreiungsbewegungen im Trikont verhalten, lässt auf eigene Wahrnehmung revolutionärer Veränderung zurückschliessen. Diese findet nicht im herrschaftslosen Raum statt, ist nicht frei wählbar. Sie drückt eigene Realität, geschlechtsspezifische Privilegien und Perspektiven hier Lebender aus. Eigene politische Identität ist nur möglich im Bewusstsein der eigenen Bedingungen und der Differenzen zu Anderen und nicht in romantischer Identifikation mit anderen weltweit Kämpfenden. Sie ist Grundlage für Kollektivität in den eigenen Kämpfen um Befreiung und für Internationale Solidarität.

TENKILE Jan 94

Zusatz:

Aus aktuellem Anlass möchten wir auf den Aufstand in Chiapas (Mexico) verweisen. Wie bestimmen wir unser Verhältnis zu diesem Aufstand? Wie gehen wir beispielsweise mit Aussagen der ersten offiziellen Kriegserklärung der EZLN um? "...Wir stehen zum Vaterland, 'tenemos patria', und die grün-weiss-rote Fahne wird von den aufständischen Kämpfern geliebt und respektiert..."
Wir wenden uns gegen jeglichen Nationalismus. Oder gibt es etwa verschiedene Nationalismen? Warum ist dieser Aufstand in den Medien und deshalb auch bei uns dermassen präsent? Und warum nehmen wir gerade diesen Aufstand wahr und beachten andere Aufstände kaum, etwa im asiatischen Raum oder auf dem afrikanischen Kontinent? Werden da bei uns Sehnsüchte geweckt nach Revolutionsmythen? Viva Zapata!?
Uns stellt sich die Frage, wie autonom wir Widerstand überhaupt wahrnehmen und somit auch, wie eigenständig wir sind im Kampf gegen das imperialistische Patriarchat...



Auf der Ebene galoppierte das Pferd.

Ausstellungs-Programm:

10. 2. 19 Uhr
Ausstellungseröffnung mit einer palästinensische Musikgruppe, Einführung zur Geschichte von Marc Rudin/Jihad Mansour und zum Prozeß gegen ihn.

12. 2. 20 Uhr
Filmvorführung "Good Morning, Beirut"

16. 2. 19 Uhr
Info-Veranstaltung mit einem palästinensischen Referenten zur aktuellen Situation des palästinensischen Widerstands im EX, Gneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg.

17. 2. 20 Uhr
Wiederholung der Veranstaltung vom Vortag im ACUD, Veteranenstr. 21, Berlin - Mitte.

19. 2. 19 Uhr
Filmvorführung "Der Aufstand" und "Intifada - Road to Freedom"

22. 2. 19 Uhr
Dia - Vortrag "Basisprojekt Aufbau einer Ausbildungswerkstatt in der Westbank"
Ständige Videovorführung und auch über de Prozeß gegen Marc Rudin/Jihad Mansour während der Ausstellung.

Alle Veranstaltungen im ACUD, Veteranenstr. 21, 10119 Berlin-Mitte, sofern nicht anders angegeben.

Die Ausstellung findet vom 10. bis 23. Februar 1994 im ACUD,
Veteranenstraße 21, 10119 Berlin-Mitte (Nähe U-Bhn Rosenthaler Platz), statt.
Öffnungszeiten:
Di - Fr 16 bis 20 Uhr;
Sa und So 12 bis 18 Uhr

المعتقلون يواجهون القمع الصهيوني
الحرية
لرواد فجر الاستقلال

Les détenus confrontent la répression sioniste
Libérez les pioniers de l'indépendance

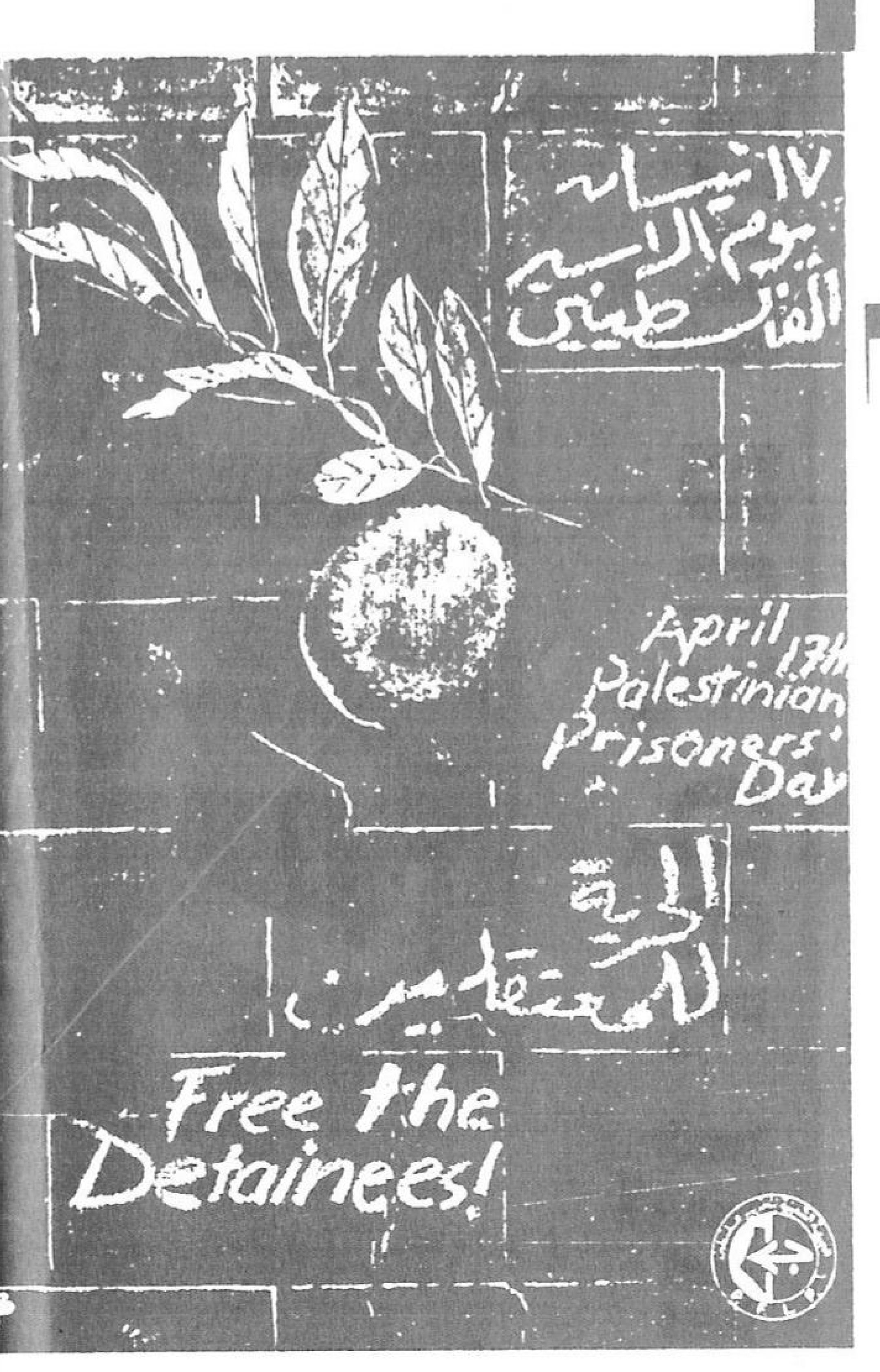
Detainees Facing Zionist Repression ·
Free the Pioneers of Independence

P F L P

MARC RUDIN/JIHAD MANSOUR

PALÄSTINA-PLAKATE 1979-1991

Die Ausstellung findet vom 10. bis 23. Februar 1994 im ACUD.
Veteranenstraße 21, 10119 Berlin-Mitte (Nähe U-Bhn Rosenthaler Platz) statt



Der Schweizer Marc Rudin lebte in der Zeit von 1979 bis 1991 in Libanon und Syrien im Exil. Unter dem Namen Jihad Mansour schuf er dort politische Gebrauchsgrafik, die manche, oft bittere Etappen des Kampfes palästinensischer Menschen für ihre Befreiung und für die Rückkehr der ungezählten Vertriebenen in ihr Land nachzeichnet. Er hat Plakate geschaffen, mit denen sich die Menschen in den besetzten Gebieten und in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Libanon und Syrien identifizieren konnten und gleichzeitig von den Solidaritätsbewegungen im westlichen Ausland für deren Arbeit genutzt werden konnten.
Der Anlaß für diese Ausstellung ist die Verhaftung Marc Rudins in der Türkei 1991. Nach eineinhalb Jahren Haft in Istanbul wurde er an Dänemark ausgeliefert, wo er im Oktober 1993 wegen angeblicher Beteiligung an einem Postraub zugunsten des palästinensischen Widerstands im Jahre 1988 zu acht Jahren Haft verurteilt wurde. Marc Rudin ist politischer Gefangener. Wir fordern seine sofortige Freilassung!

Die Bilder Marc Rudins zeugen vom Leben und politischen Wirken eines Schweizer Internationalisten im Exil, und können in vieler Hinsicht Denkanstöße für BetrachterInnen in der Metropole geben. Sie sollen auch einen Bezug zu den aktuellen Entwicklungen im palästinensischen Befreiungskampf herstellen. Die Ausstellung wird daher von Informationsveranstaltungen, Filmvorführungen etc. zum Thema begleitet. Zur Ausstellung liegen zudem ein Katalog in vier Sprachen und eine Sammlung von Postkarten und Plakaten des Künstlers vor. Sie sind in der Ausstellung erhältlich.


antifa-soliparty
...für die genossInnen im knast
und auf der flucht
samstag 12.2.
um 22 uhr
veb 7
brunnenstr 7
U-bahn rosenthaler platz